Sitzungsunterlagen

30. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Verkehr und Tiefbau

05.02.2025

Inhaltsverzeichnis

Sitzungsdokumente
Einladung öffentl. 5
Vorlagendokumente
TOP Ö 2 Genehmigung der öffentlichen Niederschrift
öffentliche Niederschrift 7
öffentliche Niederschrift Entwurf 9
TOP Ö 4 Vergabe Objekt- und Tragwerksplanung zur Erneuerung der Bahnunterführung am Gefangenenfriedhof (BW 42)
Vorlage mit Sitzungsdaten Ausschuss 3459/2025 19
TOP Ö 5 Westpark; Vergabe Bauleistungen
Vorlage mit Sitzungsdaten Ausschuss 3454/2025 23
Anlage 1 Vorentwurf 2020 3454/2025 27
Anlage 2 24-03 Westpark FFB_Entwurf_LA_Lohde_240909 Bericht UVA 02.10.2024 3454/2025 29
Anlage 3 Niederschriftauszug 3454/2025 31
Anlage 4 Westpark Ausführungsplan 3454/2025 35
TOP Ö 6 Widmung des Viehmarktplatzes
Vorlage mit Sitzungsdaten Ausschuss 3455/2025 37
2025-01-07_BEC Plan 3455/2025 41
TOP Ö 8 Verlegung des Fuß- und Radweges am Kindergarten Pusteblume sowie Sanierung des Straßenraums - Grundsatzbeschluss
Vorlage mit Sitzungsdaten Ausschuss 3461/2025 43
Anlage 1-Lageplan und Entwässerungsplan_Bereich KiGa Pusteblume 3461/2025 49
TOP Ö 9 Ergebnisse Treibhausgasbilanzierung Stadtverwaltung
Vorlage mit Sitzungsdaten Ausschuss 3379/2024 51
Anlage 1_Bericht Treibhausgasemissionen Stadtverwaltung Fürstenfeldbruck 2022/2023 3379/2024 59
Anlage 2_Beschlusbuchauszug Klimastrategie Stadverwaltung 3379/2024 67
TOP Ö 10 Beschluss Ausgleichszahlungen Treibhausgasemissionen Dienstfahrten Stadtverwaltung
Vorlage mit Sitzungsdaten Ausschuss 3451/2024 69

Stadt Fürstenfeldbruck Postfach 1645 82245 Fürstenfeldbruck

An die/ das/ den
Mitarbeiter/innen der Stadtverwaltung
Behindertenbeirat/ Seniorenbeirat/
Sportbeirat/ Stadtjugendrat/ Umweltbeirat/
Wirtschaftsbeirat
Stadtwerke Fürstenfeldbruck
Veranstaltungsforum Fürstenfeld
Vertreter der Presse

Rechtsamt
Hauptstraße 31
82256 Fürstenfeldbruck
Telefon: 08141 / 281-0
Telefax: 08141 / 282-1199

Allg. Öffnungszeiten:
Mo – Fr 08:00-12:00 Uhr
Do 14:00-18:00 Uhr
und nach Vereinbarung

http://www.fuerstenfeldbruck.de
Info@fuerstenfeldbruck.de

Fürstenfeldbruck, 21.01.2025

Einladung zur 30. öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Verkehr und Tiefbau

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit lade ich Sie zu der am **Mittwoch, 05.02.2025, 18:00 Uhr**, im großen Sitzungssaal des Rathauses stattfindenden Sitzung **des Ausschusses für Umwelt, Verkehr und Tiefbau** ein.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1. Bekanntgabe von in nichtöffentlichen Sitzungen gefassten Beschlüssen gem. Art. 52 Abs. 3 GO

2. Genehmigung der öffentlichen Niederschrift

3. Umwelt- und verkehrsrechtliche Fragen

4. Vergabe Objekt- und Tragwerksplanung zur Erneuerung der Bahnunterführung am Gefangenenfriedhof (BW 42)

5. Westpark; Vergabe Bauleistungen

6. Widmung des Viehmarktplatzes

7. Mündlicher Bericht des staatl. Bauamtes Freising zur Verlegung der Bundesstraße 2

8. Verlegung des Fuß- und Radweges am Kindergarten Pusteblume sowie Sanierung des Straßenraums - Grundsatzbeschluss

9. Ergebnisse Treibhausgasbilanzierung Stadtverwaltung

10. Beschluss Ausgleichszahlungen Treibhausgasemissionen Dienstfahrten Stadtverwaltung

11. Verschiedenes

Nichtöffentlicher Teil:

1. Genehmigung der nichtöffentlichen Niederschrift

2. Verschiedenes

Freundliche Grüße

Christian Götz
Oberbürgermeister

TOP Ö 2

STADTVERWALTUNG FÜRSTENFELDBRUCK

30. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Verkehr und Tiefbau

Betreff/Sachantragsnr.	Genehmigung der öffentlichen Niederschrift gem. Art. 54 Abs. 2 GO i. V. m. § 38 GeschO			
TOP - Nr.	**Ö 2**	Vorlagenstatus	öffentlich	
AZ:	Kie/he	Erstelldatum	20.12.2024	
Verfasser	Frau Hess	Zuständiges Amt	Amt 3	
Sachgebiet	Amt 3	Abzeichnung OB:		
Beratungsfolge		Zuständigkeit	Datum	Ö-Status
1	**Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Tiefbau**	**Entscheidung**	**05.02.2025**	**Ö**

Gemäß Artikel 54 Absatz 2 2. Halbsatz der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (GO) sowie § 38 der Geschäftsordnung für den Stadtrat Fürstenfeldbruck sind die Niederschriften von Sitzungen städtischer Gremien vom jeweiligen Ausschuss bzw. Stadtrat zu genehmigen. Dies erfolgt in offener Abstimmung mit der Mehrheit der Abstimmenden (Artikel 51 Abs. 1 GO).

Der Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Tiefbau beschließt die Genehmigung der Niederschrift der **öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Verkehr und Tiefbau vom 27.11.2024.**

TOP Ö 2

Niederschrift

- öffentlicher Teil -
über die 29. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Verkehr und Tiefbau des Stadtrates der Stadt Fürstenfeldbruck

Sitzungsort:	im großen Sitzungssaal des Rathauses
Sitzungstag:	**27.11.2024** Beginn: 18:00 Uhr Ende: 21:20 Uhr

Anwesend: **Bemerkungen:**

Vorsitzender, Oberbürgermeister
Götz, Christian

Schriftführer/in
Hess, Christine

Ausschussmitglieder
Bosch, Albert
Brückner, Thomas
Danke, Karl
de Tschaschell, Tanja
Halbauer, Jan
Kellerer, Martin
Piscitelli, Michael
Pötzsch, Mirko
Quinten, Ulrike
Schilling, Johann

Vertreter/in
Glockzin, Peter
Kusch, Hermine

Verwaltung
Frau Thron, Frau Gessner, Frau Miramontes, Herr Dachsel, Herr Doll, Herr Viehbeck

Abwesend: **Grund:**
Herr Stadtrat Best, Herr Stadtrat Höfelsauer unentschuldigt

Gäste: Herr Dominik Ruof, Fa. Sweco, Herr Nöll, Fa. CDM Smith

Öffentliche Tagesordnung

1. Bekanntgabe von in nichtöffentlichen Sitzungen gefassten Beschlüssen gem. Art. 52 Abs. 3 GO
2. Genehmigung der öffentlichen Niederschrift
3. Umwelt- und Verkehrsrechtliche Fragen
4. Renaturierung Teich 2
5. SA Nr. 171 STR Brückner: Verkehrsberuhigung in der Pucher Straße
6. Bürgerbeteiligung Straßenplanung Sulzbogen 2. Planungsabschnitt - Beschluss der Inputs für die Objektplanung
7. Vergabe Bauleistung "Barrierefreier Umbau von Bushaltestellen und Querungen, Teil 1" (4 Bushaltestellen und 1 FGÜ)
8. Beschluss zur Änderung des Projektumfangs B+R Offensive Bhf. Fürstenfeldbruck, Vorratsbeschluss über die Auftragserteilung durch den Oberbürgermeister
9. Konzept für die Optimierung des Parkraumangebots unter Berücksichtigung des Liefer- und Radverkehrs
10. Verschiedenes

10

Änderungswünsche zur Tagesordnung ergeben sich nicht.

Oberbürgermeister Christian Götz eröffnet die öffentliche Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit gemäß Artikel 47 Abs. 2 GO fest.

Die Ladung erfolgte ordnungsgemäß.

TOP 1	**Bekanntgabe von in nichtöffentlichen Sitzungen gefassten Beschlüssen gem. Art. 52 Abs. 3 GO**

Keine

TOP 2	**Genehmigung der öffentlichen Niederschrift**

Ja-Stimmen: 12
Nein-Stimmen: 0

TOP 3	**Umwelt- und Verkehrsrechtliche Fragen**

Keine

TOP 4	**Renaturierung Teich 2**

Sachvortrag:

Der Sachvortrag Nr.3409/2024 vom 24.10.2024 dient dem Gremium als Diskussionsgrundlage.

Herr Nöll von der Fa. Smith stellt dem Gremium den ökologischen Rückbau von Teich 2 vor. Er betont hierzu, dass es dringend nötig ist, sonst könnte im Falle eines Hochwassers der Damm brechen. Aus naturschutzrechtlicher und wirtschaftlicher Sicht ist ein Rückbau die beste Lösung. Dieser erfolgt in sechs Schritten.

Das besondere aus diesem Teich sind die großen Muschelvorkommnisse. Diese werden abgesammelt und später wieder neu eingebracht.

Herr Stadtrat Brückner möchte noch wissen, ob die ganzen Maßnahmen mit der Unteren Naturschutzbehörde abgesprochen wurden.

Herr Nöll berichtet, dass der Machbarkeitsstudie zugestimmt wurde.

Nach kurzer Diskussion kam das Gremium zu folgendem

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Tiefbau beschließt den ökologischen Rückbau von Teich 2 wie in der Sitzung vorgestellt und die Beantragung der entsprechenden Fördermittel.

Ja-Stimmen: 13
Nein-Stimmen: 0

TOP 5	SA Nr. 171 STR Brückner: Verkehrsberuhigung in der Pucher Straße

Sachvortrag:

Der Sachvortrag Nr. 3389/2024 vom 01.10.2024 dient dem Gremium als Diskussionsgrundlage.

Herr Stadtrat Brückner stellt den Sachvortrag dem Gremium vor. Er moniert hierzu den Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Herr Stadtrat Brückner fragt an, warum im Leitfaden Parklets und Hochbeete, Baumtröge nicht mitaufgeführt sind.

Wurde im Nachgang in den Leitfaden mitaufgenommen.

Herr Stadtrat Brückner sprach sich mehrfach für die Aufstellung von Großbäumen als Hitzeinseln vor den Hausnummern 7, 7a aus. Für den Wegfall der Parkplätze schlug er vor, Ersatzparkplätze gegenüber Stadtlabor zu schaffen.

Wird geprüft und im Stadtrat das Ergebnis mitgeteilt.

Herr Stadtrat Glockzin sprach sich für den Erhalt der Parkplätze aus und schlug vor zu prüfen, ob man die Bäume im 3 m. breiten Gehweg pflanzen kann.

Herr Stadtrat Danke schlug vor, erstmal die Entscheidung zum verkehrsberuhigten Geschäftsbereich in der Schöngeisinger Straße abzuwarten.

Herr Stadtrat Pötzsch könnte sich Pflanztröge in der Fahrbahn vorstellen.

Herr Stadtrat Piscitelli meinte, dass es sich hier nicht um eine Optimierung von Parkplätzen, sondern um die Abschaffung handelt.

Frau Stadträtin Dr. Zierl bittet um Beachtung und Einhaltung der jeweils gültigen rechtlichen Vorgaben zur Einhaltung von Mindestbreiten.

12

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Tiefbau empfiehlt dem Stadtrat folgendes zu beschließen:

- Die Verwaltung wird beauftragt, den Vorschlag zur Umgestaltung und provisorischen Erhöhung der Aufenthaltsqualität in dem Abschnitt der Pucher Straße zwischen Hauptstraße und Hausnummer 11 weiter zu prüfen und nach Möglichkeit in dem Konzept zur Optimierung des Parkraumangebots unter Berücksichtigung des Liefer- und Radverkehrs zu integrieren.

- Die Vorschläge zur provisorischen Erhöhung der Aufenthaltsqualität in der Pucher Straße in dem Abschnitt zwischen Hausnummer 11 und 47, die nicht bereits in dem Konzept zur Optimierung des Parkraumangebots unter Berücksichtigung des Liefer- und Radverkehrs werden aufgrund der Erfordernis von baulichen Maßnahmen abgelehnt.

- Die Behandlung des Sachantrags ist abgeschlossen.

Geänderter Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Tiefbau empfiehlt dem Stadtrat folgendes zu beschließen:

- Die Verwaltung wird beauftragt, den Vorschlag zur Umgestaltung und provisorischen Erhöhung der Aufenthaltsqualität in dem Abschnitt der Pucher Straße zwischen Hauptstraße und Hausnummer 11 weiter zu prüfen und nach Möglichkeit in dem Konzept zur Optimierung des Parkraumangebots unter Berücksichtigung des Liefer- und Radverkehrs zu integrieren.

- Die darüber hinaus gehenden Vorschläge zur provisorischen Erhöhung der Aufenthaltsqualität in der Pucher Straße in dem Abschnitt zwischen Hausnummer 11 und 47, die nicht bereits in dem Konzept zur Optimierung des Parkraumangebots unter Berücksichtigung des Liefer- und Radverkehrs werden aufgrund der Erfordernis von baulichen Maßnahmen **vorerst** abgelehnt.

- Die Verwaltung wird beauftragt, Überlegungen anzustellen mit welchen Mitteln die Aufenthaltsqualität in der Pucher Straße entsprechend den Zielen des VEP und der Klimaanpassung weiter verbessert werden kann. Es wird um Wiedervorlage gebeten sobald die Verwaltungsvorschrift zur StVO 2024 vorliegt.

- Die Behandlung des Sachantrags ist abgeschlossen.

Ja-Stimmen: 10
Nein-Stimmen: 3

13

TOP 6	**Bürgerbeteiligung Straßenplanung Sulzbogen 2. Planungsabschnitt - Beschluss der Inputs für die Objektplanung**

Sachvortrag:

Der Sachvortrag Nr. 3395/2024 vom 15.10.2024 dient dem Gremium als Diskussionsgrundlage.

Herr Ruof von der Fa. Sweco gibt einen kurzen Einblick über die Auswertung der Bürgerbeteiligung.

Herrn Stadtrat Halbauer hat es gut gefallen, dass die Bürger miteingebunden wurden. Er möchte wissen, wie weiter vorgegangen wird. Einige Stellungnahmen und Prüfaufträge sind schon im Konzept miteingeschrieben worden.

Frau Gessner von der Verwaltung erläutert hierzu, dass Ende 2023 beschlossen wurde, die Bürger zu befragen, wie sie zu dieser Variante der Planung stehen und diese Anmerkungen dem Objektplaner auch mitgegeben werden. Die Zusammenfassung aus dem Kapitel 6 würde man einfach weiterreichen und dann in der eigentlichen Straßenplanung darüber reden.

Frau Stadträtin Dr. Zierl weist darauf hin, dass bei der Projektplanung die Änderung „Mindestbreite von 6,00 m. auf 6,50 m." berücksichtigt werden muss, da seit Februar 2024 neue Maße Stand der Technik sind. Frau Dr. Zierl bittet zukunftstauglich zu denken und die neuen Maße in die neue Planung mitzunehmen.

Herr Stadtrat Brückner findet eine Bürgerbeteiligung gut, aber leider kann man oft die Vorschläge der Bürger nicht so umsetzen. Er weist darauf hin, dass die Schutzstreifen auf jeden Fall 1,50 m. sein müssen, da es in den nächsten Jahren evtl. vorgeschrieben werden wird, dass es eine Mindestbreite von den Radstreifen geben wird. Dies muss unbedingt nochmal im Runden Tisch Radverkehr diskutiert werden.

Herr Dachsel von der Verwaltung erklärt, dass der Fachplaner nach Stand der Technik eine Planung abgeben muss.

Das Gremium kam zu folgendem

Beschluss:

1) Die im Kapitel 6 des Berichts „Auswertung der Bürgerbeteiligung für die Umgestaltung des Straßenzuges Am Sulzbogen I Richard-Higgins-Straße I Heimstättenstraße" der Sweco GmbH enthaltenen, zusammengefassten Bürgerrückmeldungen sollen als Grundlage in die Objektplanung, welche im nächsten Schritt ausgeschrieben wird, einfließen. Diese Punkte sind vom Planer zu berücksichtigen, zu prüfen und nach Möglichkeit im Zug der Objektplanung einzuarbeiten.

2) Die Objektplanung soll ausgeschrieben und beauftragt werden.

Ja-Stimmen: 13
Nein-Stimmen: 0

TOP 7	**Vergabe Bauleistung "Barrierefreier Umbau von Bushaltestellen und Querungen, Teil 1" (4 Bushaltestellen und 1 FGÜ)**

Sachvortrag:

Der Sachvortrag Nr. 3411/2024 vom 24.10.2024 dient dem Gremium als Diskussionsgrundlage.

Herr Stadtrat Brückner schlug vor, die Bushaltestelle in der Cerveteristr. Richtung Buchenau vor die Stadtwerke zu verlegen. Diese Anregung wurde von **Herrn Stadtrat Pötzsch** unterstützt.

Frau Thron und Frau Gessner von der Verwaltung erläuterten hierzu, dass diese Bushaltestelle an diesem Standort festgesetzt wurde und nun „nur" barrierefrei ausgebaut wird.

Nach kurzer Diskussion kam das Gremium zu folgendem

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Tiefbau beschließt die Arbeiten für den barrierefreien Umbau der vier Bushaltestellen Schöngeisinger Straße stadteinwärts, Waldfriedhofstraße Westseite und beide Haltestellen Cerveteristraße sowie des Fußgängerüberwegs Dachauer Straße/ Feuerhausstraße an den Bestbieter zu einer Gesamtbruttosumme von 312.740,94€ zu vergeben.

Ja-Stimmen: 12
Nein-Stimmen: 1

TOP 8	**Beschluss zur Änderung des Projektumfangs B+R Offensive Bhf. Fürstenfeldbruck, Vorratsbeschluss über die Auftragserteilung durch den Oberbürgermeister**

Sachvortrag:

Der Sachvortrag Nr. 3410/2024 vom 24.10.2024 dient dem Gremium als Diskussionsgrundlage.

Frau Gessner von der Verwaltung gibt eine kurze Zusammenfassung über den Sachvortrag Nr. 3410/2024.

Herr Stadtrat Brückner sprach sich für eine zweite Sammelschließanlage aus und stellt einen entsprechenden Änderungsantrag.

Herr Dachsel von der Verwaltung befürwortet die von der Verwaltung vorgeschlagene Variante C und schlägt vor ggf. eine zweite Sammelschließanlage nachzurüsten, wenn die Anlage gut angenommen wird.

Herr Stadtrat Kellerer plädiert aus Kostengründen dafür die Anzahl der Fahrradstellplätze von D1 und D3 zu halbieren.

Frau Stadträtin Dr. Zierl verweist auf den Fahrradklimatest hinsichtlich Fahrraddiebstahl und plädiert deshalb für 48 Plätze in der Sammelschließanlage.

Herr Stadtrat Pötzsch schließt sich dem an und stellt einen entsprechenden Änderungsantrag mit 48 Plätzen in der Sammelschließanlage und aus Kostengründen nur D1 oder D3 zu vollziehen.

Herr Stadtrat Halbauer schlägt vor, einen flexiblen Beschluss zu fassen, der es der Verwaltung ermöglicht, wenn die finanziellen Fehlmittel dafür bereitgestellt werden können, 48 Plätze in der Sammelschließanlage plus D1 und D3 zu installieren.

Abgestimmt wurde:

1. Geänderter Beschlussvorschlag Brückner (K 1 mit 48 Stellplätzen plus D1 und D3):

Ja-Stimmen: 3
Nein-Stimmen: 10

Somit wurde der geänderte Beschlussvorschlag abgelehnt.

2. Geänderter Beschlussvorschlag Pötzsch (K 1 mit 48 Stellplätzen plus D 1 oder D3):

Ja-Stimmen: 4
Nein-Stimmen: 9

3. Beschlussvorschlag der Verwaltung (K1 mit 24 Stellplätzen plus D1 und D3)

Ja-Stimmen: 13
Nein-Stimmen: 0

Herr OB Götz erläutert noch die Option auf Aufstockung auf 48 Plätze in den Folgejahren, wenn die Sammelschließanlage gut angenommen wird.

Beschluss:

1) Der Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Tiefbau beschließt, dass am Bahnhof Fürstenfeldbruck die Variante C für die neuen Fahrradabstellanlagen im Rahmen der B+R Offensive umgesetzt werden sollen. Diese beinhaltet die Errichtung von überdachten Doppelstockstellplätzen auf den Flächen D1 und D3 und die Errichtung von einer Sammelschließanlage mit 24 Einstellungen auf der Fläche K1. Die entsprechende Ausschreibung ist zu finalisieren und zeitnah zu veröffentlichen.

2) Der Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Tiefbau ermächtigt den Oberbürgermeister, Herrn Christian Götz, die gegenständliche Bauleistung für die in Beschluss 1 festgelegte Ausführungsvariante für die Fahrradstellplätze am Bahnhof

FFB eigenständig zu beauftragen, nachdem die öffentliche Ausschreibung ordnungsgemäß durchgeführt wurde (Vorratsbeschluss).

Ja-Stimmen: 13
Nein-Stimmen: 0

TOP 9	**Konzept für die Optimierung des Parkraumangebots unter Berücksichtigung des Liefer- und Radverkehrs**

Sachvortrag:

Der Sachvortrag Nr. 3419/2024 vom 31.10.2024 dient dem Gremium als Diskussionsgrundlage.

Frau Dr. Miramontes von der Verwaltung stellte das Parkraumbewirtschaftungskonzept dem Gremium vor.

Herr Stadtrat Brückner wiederholt, wie bereits im TOP 5, seinen Vorschlag zur Gestaltung zur Freifläche in der Pucher Straße 7/7 a und den Ersatzparkplätzen gegenüber vor dem Stadtlabor.

Verwaltung prüft diesen Vorschlag und stellt das Ergebnis am 17.12.2024 im Stadtrat vor.

Herr Stadtrat Kellerer findet 10-Minuten Freiparkticket zu kurz. **Herr Stadtrat Glockzin** schließt sich dem an und schlägt 20 Minuten vor.

17

Ein Empfehlungsbeschluss an den Stadtrat war formell nicht möglich.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Tiefbau empfiehlt dem Stadtrat folgendes zu beschließen:

1. Der Stadtrat beschließt das Parkraumbewirtschaftungskonzept (Anlage 1) und beauftragt die Verwaltung dieses umzusetzen.
2. Der Stadtrat beschließt die Änderung der Parkgebührenverordnung entsprechend dem Entwurf (Anlage 2).
3. Die Verwaltung wird beauftragt die Einführung eines Parkleitsystems sowie weitere begleitende Maßnahmen für die Erhöhung der Attraktivität in der Innenstadt mit den Einnahmen aus der Parkraumbewirtschaftung zu prüfen.

Über den Beschlussvorschlag konnte nicht abgestimmt werden, da die Unterlagen im RIS nicht eingestellt waren.

TOP 10	Verschiedenes

Vertagt

Herr Oberbürgermeister Christian Götz beendet die Sitzung.

Christian Götz
Oberbürgermeister

Christine Hess
Schriftführerin

STADTVERWALTUNG FÜRSTENFELDBRUCK

Beschlussvorlage Nr. 3459/2025

30. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Verkehr und Tiefbau

Betreff/Sach-antragsnr.	Vergabe Objekt- und Tragwerksplanung zur Erneuerung der Bahnunterführung am Gefangenenfriedhof (BW 42)		
TOP - Nr.		Vorlagenstatus	öffentlich
AZ:	SG 44	Erstelldatum	08.01.2025
Verfasser	Viehbeck, Georg	Zuständiges Amt	Amt 4
Sachgebiet	44 Städtischer Tiefbau, Kläranlage	Abzeichnung OB: Abzeichnung 2./ 3. Bgm:	

Beratungsfolge		Zuständigkeit	Datum	Ö-Status
1	Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Tiefbau	Entscheidung	05.02.2025	Ö

Anlagen:	- Firmenliste

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Tiefbau beschließt die Objektplanung (inkl. örtlicher Bauleitung) sowie die Tragwerksplanung zur Erneuerung der Bahnunterführung am Gefangenenfriedhof an das Ingenieurbüro Grassl GmbH, Machtlfinger Str. 5-7 in 81379 München zu einer Gesamtbruttosumme von 180.075,32 € stufenweise zu vergeben. Die Angabe der Gesamtbruttokosten erfolgt dabei vorbehaltlich der noch ausstehenden fundierten Ermittlung der anrechenbaren Kosten (Kostenberechnung nach HOAI).

Referent/in		Pötzsch / SPD	Ja/Nein/Kenntnis	
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	

Klimarelevanz				
Umweltauswirkungen				
Finanzielle Auswirkungen		Ja		
Haushaltsmittel stehen zur Verfügung		Ja		€
Aufwand/Ertrag lt. Beschlussvorschlag		Ja		180.075,32 € €
Aufwand/Ertrag der Gesamtmaßnahme			€	
Folgekosten			€	

Sachvortrag:

Im Rahmen der 27. öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Verkehr und Tiefbau vom 02.10.2024 wurde über den weiteren Umgang mit der Bahnunterführung am Gefangenenfriedhof (BW 42) beraten. Da eine Auflassung der Unterführung abgelehnt wurde, hat die Verwaltung die erforderlichen Planungsleistungen zur Erneuerung des Bauwerkes öffentlich ausgeschrieben.

Die Maßnahme wurde am 20.11.2024 im Staatsanzeiger elektronisch veröffentlicht. Zur Submission am 10.12.2024 um 11.00 Uhr gingen zwei Angebote ein.

Zur Prüfung der Angebote wurde in Absprache mit der Vergabestelle eine Bewertungsmatrix erarbeitet. Neben dem Angebotspreis wurden insbesondere die Qualifikationen des Büros und der Projektmitarbeiter berücksichtigt und entsprechende Leistungspunkte (LP) vergeben.

Die Nachrechnung, Prüfung und Wertung der Angebote ergab nachfolgende Reihenfolge:

1.	IB Grassl GmbH, 81379 München	60400 LP	180.075,32 €
2.	Bieter 2	52400 LP	176.595,69 €

Das Angebot des Ingenieurbüro Grassl GmbH liegt rund 24% unter der Kostenschätzung des Fachbereichs. Die erhebliche Differenz der Angebotssummen zur Kostenberechnung ergibt sich daraus, dass im Rahmen der Kostenschätzung der Mittelsatz der Honorarzone III nach HOAI angesetzt wurde. Die beiden Bieter bieten jedoch den Basissatz der Honorarzone III an.

Die Wirtschaftlichkeit ist bei Beauftragung des Bestbieters gegeben. Das Angebot ist auskömmlich.

Die erforderlichen Haushaltsmittel stehen zur Verfügung. Der Fachbereich empfiehlt dem Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Tiefbau die Planungsleistungen an das Ingenieurbüro Grassl GmbH, Machtlfinger Str. 5-7, 81379 München zu vergeben.

STADTVERWALTUNG FÜRSTENFELDBRUCK

Beschlussvorlage Nr. 3454/2025

30. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Verkehr und Tiefbau

Betreff/Sach-antragsnr.	Westpark; Vergabe Bauleistungen		
TOP - Nr.		Vorlagenstatus	öffentlich
AZ:	41-Wo	Erstelldatum	03.01.2025
Verfasser	Wolter, Sarah	Zuständiges Amt	Amt 4
Sachgebiet	41 Stadtplanung, Grünwesen	Abzeichnung OB:	

Beratungsfolge		Zuständigkeit	Datum	Ö-Status
1	Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Tiefbau	Entscheidung	05.02.2025	Ö

Anlagen:	1. Lageplan Vorentwurf Stand 10/2020 2. Lageplan Entwurf Stand 10/2024 3. Auszug Niederschrift / UVA 02.10.2024 4. Ausführungsplan Westpark Stand 25.11.24 *5. Bieterliste (nicht öffentlich)*

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Tiefbau beschließt:

Die Arbeiten für die Herstellung des Westparks werden an den Bieter 1 zu einer Gesamtbruttosumme von 169.588,09 € vergeben.

Referent/in	Brückner / Grüne		Ja/Nein/Kenntnis	
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	

Klimarelevanz		mittel		
Umweltauswirkungen		mittel		
Finanzielle Auswirkungen		Ja		
Haushaltsmittel stehen zur Verfügung		Ja	250	000 €
Aufwand/Ertrag lt. Beschlussvorschlag				€
Aufwand/Ertrag der Gesamtmaßnahme			€	
Folgekosten			€	

Sachvortrag:

Sachstand:

In der Sitzung des Stadtrats am 27.10.2020 wurde die Verwaltung beauftragt, den Westpark im Sinne des Entwurfs 1 „Im Fluss“, umzugestalten (s. Beschlussvorlage Nr. 2091/2020 sowie Lageplan / Anlage 1).
In der Sitzung des UVA am 02.10.2024 erfolgte ein Bericht zum aktuellen Planungsstand des Entwurfs (s. Lageplan und Auszug aus der Niederschrift / Anlagen 2 und 3). Für Planungs- und Baukosten sind im jetzigen Haushalt 250.000 € eingestellt. Im Zuge der Ausführungsplanung wurden zur Einhaltung der Gesamtkosten die Spielflächen noch etwas verkleinert, statt Staudenpflanzungen wird nun eine Ansaatmischung aufgebracht sowie zum Teil kostengünstigere Materialien verwendet (s. Lageplan / Anlage 4). Des Weiteren wurden einige Positionen wie zum Beispiel die Herstellung eines Trinkbrunnens (Erdarbeiten, Leitungen und Brunneninstallation) und alternative Einfassungen bei der Ausschreibung optional angefragt und sind in den unten genannten Angebotspreisen nicht enthalten.

Die Landschaftsbauarbeiten für die Herstellung des Westparks wurden am 26.11.2024 öffentlich ausgeschrieben. Zur Submission am 18.12.2024 um 11.00 Uhr gingen fristgerecht 8 Angebote ein.

Die Nachrechnung und Prüfung der Angebote ergab nachfolgende Reihenfolge (Bruttopreise in € ohne optionale Positionen):

1.	Bieter 1	169.588,09
2.	Bieter 2	169.821,05
3.	Bieter 3	170.854,36
4.	Bieter 4	176.299,10
5.	Bieter 5	177.808,61
6.	Bieter 6	179.447,47
7.	Bieter 7	182.705,60
8.	Bieter 8	183.783,32

Die Kostenberechnung ohne optionale Positionen und Pergola lag bei brutto: 205.527 €.

Projekt- und Gesamtkostenentwicklung:

Alle Optionen (Gesamtherstellung Trinkbrunnen; ca. 20.000 € brutto sowie Einfassungen in Bandstahl oder Naturstein anstatt in Betonstein; Mehrkosten ca. 1.300 € brutto bzw. ca. 3.000 € brutto) würden zu Mehrkosten von bis zu ca. 23.000 € brutto führen. Aus fachlicher Sicht wird die Durchführung in Naturstein empfohlen.

Die Herstellung der Pergola wird separat beauftragt und beläuft sich auf ca. 10.000 € brutto. Hierbei handelt es sich nicht um eine Optionalposition. Die Pergola ist Teil der Neugestaltung des Westparks, wurde separat ausgeschrieben und wird statt von der zu beauftragenden Baufirma von einem Stahlbauer hergestellt.

Werden alle Optionen und die Pergola berücksichtigt, liegen die Baukosten bei ca. 203.000 € brutto. Die Gesamtkosten (Bau- und Planungskosten) lägen mit ca. 240.000 € noch unter dem Gesamtkostenrahmen in Höhe von 250.000 €. Die Verwaltung empfiehlt deshalb, die Arbeiten an Bieter 1 zu vergeben.

Zeitplan:

Derzeit ist folgender Zeitplan vorgesehen:

- Baubeginn: voraussichtlich ab 03/25 Beginn Herstellung der Freianlagen sowie Ansaat der Blühflächen in 04/25 bis 05/25
- Fertigstellung: voraussichtlich Ende 06/25

Genauere Festlegungen erfolgen nach Abstimmung mit der Baufirma.

Abschließend kommt das Stadtbauamt zu dem auf Seite 1 formulierten Beschlussvorschlag.

Richtung Stadtwerke

PLANUNGSUMGRIFF

Rothschwaiger Forst

Cerveteristraße

Ausgleichsfläche
Salbei-Glatthaferwiese

Mülleimer
mit Hundekotbeutelspender

Rasen

Balancierstämme

Balancierstelzen

Neupflanzung
Sträucher

Schaukelbank
mit Holzbelattung

Barfußpfad

Sportfläche

Sandkasten

wassergebundene
Wegedecke

Sonnendeck
mit Holzbelattung

zentraler Platz

Pergola berankt

Bank
mit Holzbelattung

Ausgleichsfläche
Salbei-Glatthaferwiese

Neupflanzung
Bäume

Rasen

Bestandsbäume

Ausgleichsfläche
Salbei-Glatthaferwiese

„Essbare Stadt"
mit Beeten

Bank
mit Holzbelattung

Gräserpflanzung

autochthone Blühwiese

Almunécarstraße

WESTPARK
Variante 1- *Fluss*

0m 10m 20m 30m

Nr.	Art der Änderung	Datum	Zeichen

FEINUNTERSUCHUNG

Stadt Fürstenfeldbruck
Hauptstr. 31 82256 Fürstenfeldbruck
Telefon: 08141/ 28 1 - 0
E-Mail: info@fuerstenfeldbruck.de

Unterlage / Blatt-Nr.:
Lageplan

Maßstab: 1 : 250

Westpark Fürstenfeldbruck - Vorentwurfsplanung

aufgestellt:

Fürstenfeldbruck, den _____

10.11.23 0,360m²

Dieser Plan darf ohne Zustimmung von Mary Ingenieure weder vervielfältigt noch anderen Dritten zugänglich gemacht werden.

PLANUNGSUMGRIFF

Richtung Stadtwerke

Rothschwaiger Forst

Cerveteristraße

Ausgleichsfläche
Salbei-Glatthaferwiese

Mülleimer
mit Hundekotbeutelspender

Rasen

Balancierstämme

Balancierstelzen

Neupflanzung
Sträucher

Schaukelbank
mit Holzbelattung

Barfußpfad

Sportfläche

Sandkasten

wassergebundene
Wegedecke

Sonnendeck
mit Holzbelattung

zentraler Platz

Pergola berankt

Bank
mit Holzbelattung

Ausgleichsfläche
Salbei-Glatthaferwiese

Neupflanzung
Bäume

Rasen

Bestandsbäume

Ausgleichsfläche
Salbei-Glatthaferwiese

„Essbare Stadt"
mit Beeten

Bank
mit Holzbelattung

Gräserpflanzung

autochthone Blühwiese

Almunécarstraße

WESTPARK
Variante 1- *Fluss*

0m 10m 20m 30m

Nr.	Art der Änderung	Datum	Zeichen

FEINUNTERSUCHUNG

Stadt Fürstenfeldbruck
Hauptstr. 31 82256 Fürstenfeldbruck
Telefon: 08141/ 28 1 - 0
E-Mail: info@fuerstenfeldbruck.de

Unterlage / Blatt-Nr.:
Lageplan

Maßstab: 1 : 250

Westpark Fürstenfeldbruck - Vorentwurfsplanung

aufgestellt:

Fürstenfeldbruck, den _____

10.11.23 0,360m²

Dieser Plan darf ohne Zustimmung von Mary Ingenieure weder vervielfältigt noch anderen Dritten zugänglich gemacht werden.

Niederschrift

- öffentlicher Teil -
über die 27. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Verkehr und Tiefbau
des Stadtrates der Stadt Fürstenfeldbruck

Sitzungsort:	im großen Sitzungssaal des Rathauses
Sitzungstag:	**02.10.2024** Beginn: 18:00 Uhr Ende: 21:20 Uhr

Anwesend:	**Bemerkungen:**
Vorsitzender, Oberbürgermeister	
Götz, Christian	
Schriftführer/in	
Hess, Christine	
Roll, Anna	
Ausschussmitglieder	
Brückner, Thomas	
Danke, Karl	
Droth, Quirin	anwesend bis 21.05 Uhr
Höfelsauer, Franz	
Kellerer, Martin	
Pötzsch, Mirko	anwesend bis 21.00 Uhr
Quinten, Ulrike	
Schilling, Johann	anwesend bis 20.40 Uhr
Weinberg, Irene	
Vertreter/in	
Kusch, Hermine	Vertretung für Herrn Dieter Kreis
Lohde, Andreas	Anwesend bis 19.00 Uhr
Merkl, Gina	anwesend bis 19.00 Uhr
Sindani, Jeanne-Marie	ab 19.00 Uhr anwesend für Vertretung Hr. Lohde (der als Vertreter für Herrn Bosch anwesend war).
Weber, Florian	
Verwaltung	
Reize, Markus	

Öffentliche Tagesordnung

1. Bekanntgabe von in nichtöffentlichen Sitzungen gefassten Beschlüssen gem. Art. 52 Abs. 3 GO

2. Genehmigung der öffentlichen Niederschrift

3. Umwelt- und verkehrsrechtliche Fragen

4. Umbau Viehmarktplatz; Mehrkosten bei Ausführung

5. Weiterer Umgang mit der Bahnunterführung am Gefangenenfriedhof (BW 42)

6. Sachantrag Nr. 156 Dynamische Fahrgastinformationssysteme an ÖPNV-Haltestellen; Anschaffung von weiteren Anzeigetafeln für unsere Stadt

7. Jahresbericht zum Verkehrsentwicklungsplan 2024 und Beschluss Projektliste

8. Jahresbericht und Projektliste Klimamanagement

9. Westpark - Aktueller Sachstand; mündlicher Bericht

10. neuer Schulweghelferstandort

11. Wohngebiet östlich der Münchner Straße; Einrichtung einer Fahrradzone

12. SA-Nr. 166/2020-2026; Markierung von roten Schutzstreifen für Radfahrerinnen und Radfahrer im Knotenbereich vor dem Rathaus

13. Sachantrag Nr. 104/2020-2026 - Ergänzungs-Antrag: Ochsenwiese als Blühfläche schrittweise entwickeln und dauerhaft sichern

14. Verschiedenes

TOP 9	Westpark - Aktueller Sachstand; mündlicher Bericht

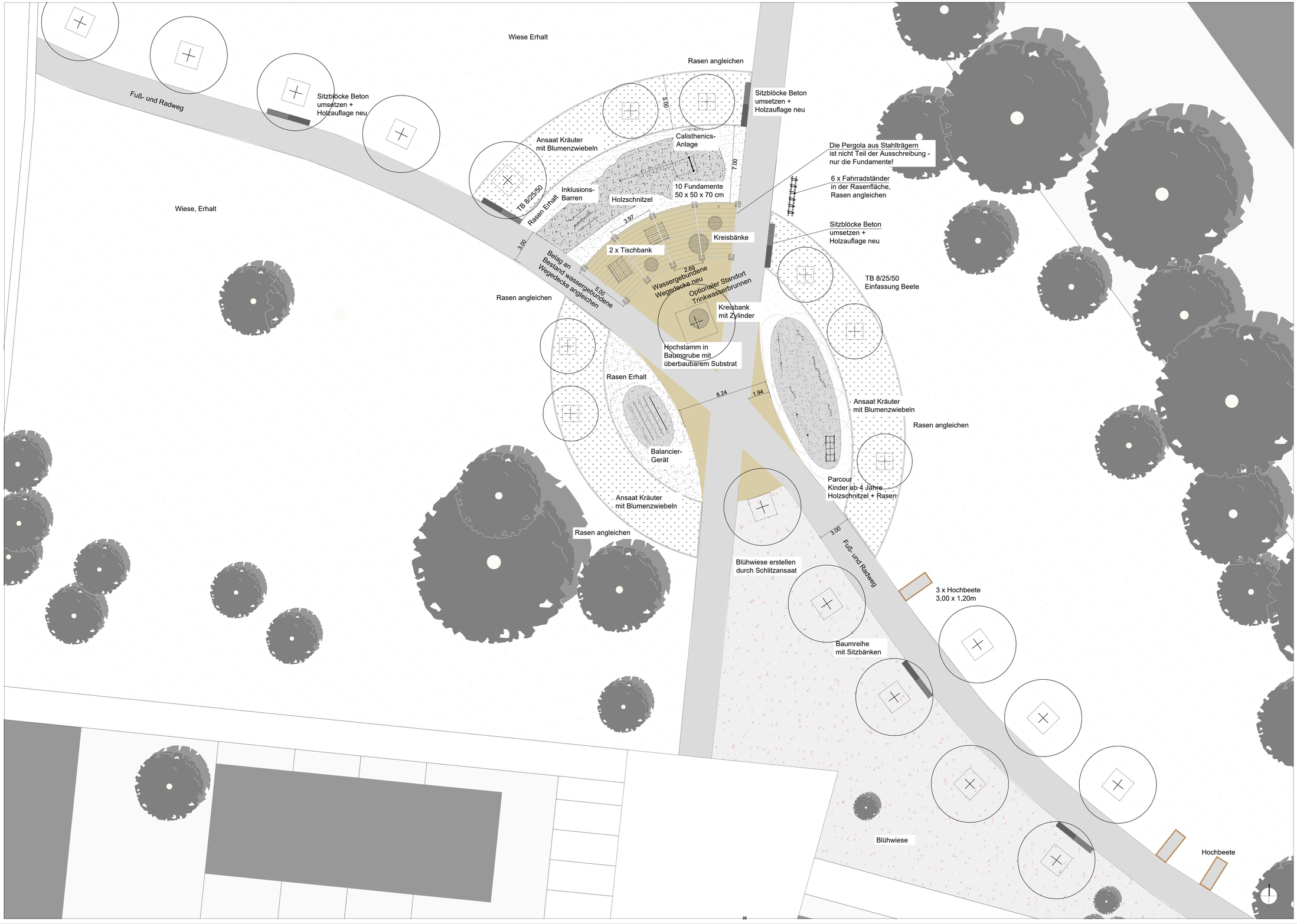
Herr Reize von der Verwaltung berichtet über den aktuellen Sachstand vom „Westpark“.

Im Jahr 2020 wurde beschlossen den Westpark zwischen Cerveteri- und Ettenhoferstraße umzugestalten. Die Realisierung der Park-Umgestaltung hat sich u. a. durch den Bau der Grundschule West II verzögert. Man habe jetzt ein Planungsbüro beauftragt den Plan umzusetzen mit der Maßgabe des Kostenrahmens der im Haushalt mit 250.000 Euro angemeldet wurde. Wenn für die Planungen grünes Licht gegeben wird kann man mit der Ausschreibung beginnen und im nächsten Jahr die Vergabe der Bauleistungen beschließen. So könnte man bis zur Sommerpause 2025 fertig sein.

Herr Stadtrat Brückner moniert, dass man die Pläne nicht vorab zum Anschauen bekommen hat. Außerdem hatte er angeregt, dass der Radverkehr aus dem Spielbereich herausgehalten und eine südliche Umfahrung geschaffen wird.

Herr OB Götz erklärt hierzu, dass dies zu aufwendig wäre.

Der Sachvortrag wurde zur Kenntnis genommen



LANDSCHAFTSPLANUNG WESTPARK
Cerveteristraße, 82256 Fürstenfeldbruck

BAUHERR
Große Kreisstadt Fürstenfeldbruck
Hauptstraße 31
82256 Fürstenfeldbruck

AUSFÜHRUNGSPLAN	25.11.2024
VORABZUG	M 1:100

Original Größe A0 breit,
verkleinert auf A3 OHNE MASSSTAB!

STADTVERWALTUNG FÜRSTENFELDBRUCK

Beschlussvorlage Nr. 3455/2025

30. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Verkehr und Tiefbau

Betreff/Sach-antragsnr.	Widmung des Viehmarktplatzes		
TOP - Nr.		Vorlagenstatus	öffentlich
AZ:		Erstelldatum	07.01.2025
Verfasser	Beyer, Daniela	Zuständiges Amt	Amt 4
Sachgebiet	42 Bauverwaltung	Abzeichnung OB:	

Beratungsfolge		Zuständigkeit	Datum	Ö-Status
1	Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Tiefbau	Entscheidung	05.02.2025	Ö

Anlagen:	Lageplan der Widmungsfläche

Beschlussvorschlag:

Der „Viehmarktplatz Süd“ (südlicher Teil der Flur Nr. 1483/9, Gemarkung Fürstenfeldbruck) wird zur Ortsstraße mit Widmungsbeschränkungen („Fußgängerverkehr, Anlieger und Radfahrer frei“) gewidmet.

Referent/in		Pötzsch / SPD	Ja/Nein/Kenntnis	
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	

Klimarelevanz				
Umweltauswirkungen				
Finanzielle Auswirkungen				
Haushaltsmittel stehen zur Verfügung				€
Aufwand/Ertrag lt. Beschlussvorschlag				€
Aufwand/Ertrag der Gesamtmaßnahme			€	
Folgekosten			€	

Sachvortrag:

Der „Viehmarktplatz Süd“ (südlicher Teil der Flur Nr. 1483/9, Gemarkung Fürstenfeldbruck) ist im rechtsverbindlichen Bebauungsplan 1.3 „Am Viehmarktplatz“ als Öffentliche Verkehrsfläche mit besonderer Zweckbestimmung „Fußgängerbereich“ festgesetzt.
Der Platz ist zwischenzeitlich fertig hergestellt. Das Flurstück befindet sich im alleinigen Eigentum der Stadt Fürstenfeldbruck.

Die Widmungsvoraussetzungen des Art. 6 Abs. 3 BayStrWG sind damit erfüllt.

Der Platz hat die Verkehrsbedeutung einer Ortsstraße mit Widmungsbeschränkungen, da er dem Verkehr innerhalb der geschlossenen Ortslage bzw. innerhalb des räumlichen Geltungsbereichs eines Bebauungsplans dient. Einerseits muss er den Anliegern ohne Zeitbeschränkung zur Anfahrt auf ihre Grundstücke zur Verfügung stehen und andererseits müssen die Widmungsbeschränkungen der besonderen Zweckbestimmung („Fußgängerbereich“) des Bebauungsplans entsprechen. Die Widmung richtet sich daher nach Art. 6 Abs. 1 BayStrWG in Verbindung mit Art. 46 Nr. 2 BayStrWG. Die Straßenbaulast liegt bei der Stadt Fürstenfeldbruck.

Betroffene Flurstücke: Flur Nr. 1483/9 Teilfläche, Gemarkung Fürstenfeldbruck, (siehe Lageplan, gelbe Markierung)

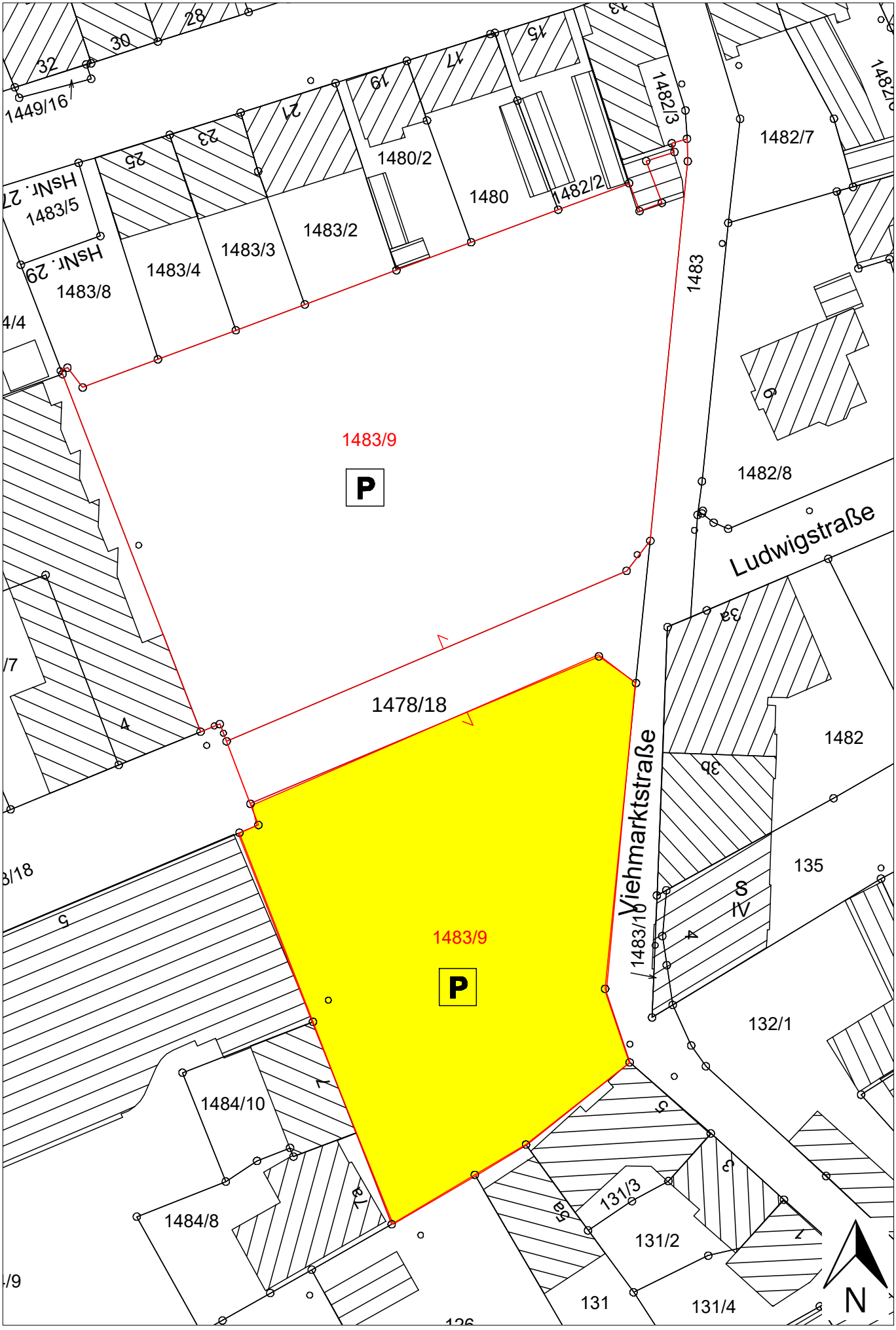
Anfangspunkt: Südliche Grenze der Ludwigstraße, Flur Nr. 1478/18, Gemarkung Fürstenfeldbruck

Endpunkt: Nördliche Grenze der Flur Nrn. 131/3, 131, 126, Gemarkung Fürstenfeldbruck

Länge: 0,060 km

Widmungsbeschränkungen: Ortsstraße mit Beschränkung auf „Fußgängerverkehr, Anlieger und Radfahrer frei“.

Daher kommt die Verwaltung zu dem auf Seite 1 formulierten Beschlussvorschlag.


1483/9
P
1478/18
1483/9
P
Ludwigstraße
Viehmarktstraße
1483/10
1482/7
1482/8
1482
135
132/1
1484/10
1484/8
131/3
131/2
131
131/4
1480/2
1480
1482/2
1482/3
1483
1483/2
1483/3
1483/4
1483/5
1483/8
1449/16
N

STADTVERWALTUNG FÜRSTENFELDBRUCK

Beschlussvorlage Nr. 3461/2025

30. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Verkehr und Tiefbau

Betreff/Sach-antragsnr.	Verlegung des Fuß- und Radweges am Kindergarten Pusteblume sowie Sanierung des Straßenraums - Grundsatzbeschluss			
TOP - Nr.		Vorlagenstatus	öffentlich	
AZ:	mm	Erstelldatum	09.01.2025	
Verfasser	Miramontes, Montserrat	Zuständiges Amt	Amt 4	
Sachgebiet	43 Stadtentwicklung	Abzeichnung OB: Abzeichnung 2. Bgm:		

Beratungsfolge		Zuständigkeit	Datum	Ö-Status
1	Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Tiefbau	Vorberatung/ Entscheidung	05.02.2025	Ö

Anlagen:	Anlage 1-Lageplan und Entwässerungsplan_Bereich KiGa Pusteblume

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Tiefbau beschließt:

- Die Verwaltung wird beauftragt, die Planung zur Verlegung des Fuß- und Radwegs am Kindergarten Pusteblume sowie die Sanierung des Straßenraums fortzusetzen und zu vertiefen.
- Die Verwaltung wird beauftragt, dem Ausschuss die Planung und eine aktualisierte Kostenübersicht erneut zur Entscheidung vorzulegen.
- Die entsprechenden Haushaltsmittel für die Baumaßnahmen sowie die Planungskosten werden für den nächsten Haushalt angemeldet.

Referent/in		Pötzsch / SPD	Ja/Nein/Kenntnis	
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	

Klimarelevanz				
Umweltauswirkungen				
Finanzielle Auswirkungen				
Haushaltsmittel stehen zur Verfügung		Ja		126.468,50 €
Aufwand/Ertrag lt. Beschlussvorschlag				€
Aufwand/Ertrag der Gesamtmaßnahme			390.000 €	
Folgekosten			€	

Sachvortrag:

In der Cerveteristraße, im Abschnitt zwischen dem Kindergarten Pusteblume und dem Viscardi-Gymnasium, kommt es insbesondere morgens zwischen 7:00 und 8:00 Uhr wiederholt zu gefährlichen Verkehrssituationen. Konflikte zwischen ein- und ausparkenden Fahrzeugen, Fußgängern und Radfahrern nehmen stetig zu. Die aktuelle Situation und Flächenaufteilung sind den beigefügten Abbildungen zu entnehmen.





Bilder: Charlotte Wüchner



Skizze: Dr. Christoph Stiller

Bereits 2017 wies der Elternbeirat des Kindergartens auf diese Problematik hin. Mit der Eröffnung der neuen Grundschule West im Herbst 2023 hat sich die Verkehrssituation weiter verschärft.

Zur Verbesserung der Verkehrssicherheit sollen die quer zur Straße angeordneten Parkplätze an den Straßenrand verlegt werden. Der Geh- und Radweg soll zukünftig hinter den Stellplätzen entlanggeführt werden. Diese Umgestaltung soll die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer erhöhen und gleichzeitig eine wichtige Radverbindung im Brucker Westen stärken.

2018 wurden die Bruttokosten der Maßnahme inklusive Planungskosten auf 120.000 € geschätzt und erstmals im Haushalt 2019 angemeldet. Aufgrund personeller Engpässe konnte die Bearbeitung im Jahr 2019 nicht umgesetzt werden, weshalb in den Folgejahren die Haushaltsmittel (angepasster Ansatz von 130.000 €) erneut beantragt und genehmigt wurden.

Da sowohl städtische als auch landkreiseigene Grundstücke betroffen sind, war zunächst eine öffentlich-rechtliche Nutzungsvereinbarung erforderlich. Diese konnte aufgrund von Personalengpässen in beiden Organisationen erst im November 2022 abgeschlossen werden.

Für den Haushalt 2023 wurden erneut 130.000 € angemeldet. Nach Genehmigung des Haushalts im Mai 2023 hat der Planungsprozess begonnen. Bei einem Auftakttermin im September 2023 wurden folgende Punkte festgestellt:

- Bei einer Planungsvariante mit Senkrechtparkplätzen gehen weniger Parkplätze verloren als bei einer Variante mit Schrägparkplätzen, und es gibt weniger Probleme mit der Anfahrbarkeit und Sicherheit.
- Anhand der bevorzugten Variante wurde dargestellt, wie im Bereich des Fußgängerüberwegs und der Feuerwehrzufahrt ein taktiles Leitsystem geplant werden könnte, um diese Stellen barrierefrei zu gestalten. Bei der Gelegenheit würde es sich anbieten, den Fußgängerüberweg (zur Bushaltestelle an der Ostseite) ebenfalls barrierefrei zu gestalten.
- Im Bereich der Bushaltestelle könnte eine Grünfläche gestaltet werden, die aktuell asphaltiert ist und von Pkws überfahren wird. In Zukunft soll auch die Bushaltestelle auf der Westseite der Cerveteristraße barrierefrei umgestaltet werden.

Die für die Umplanung des Bereichs notwendige Aktualisierung der Vereinbarung mit dem Landkreis wurde am 25.09.2024 abgeschlossen, sodass die Planungen fortgeführt werden konnten.

Aktueller Kostenstand der Baumaßnahmen

Im weiteren Verlauf des Projekts hat sich gezeigt, dass der Planungsaufwand und die technischen Anforderungen größer als ursprünglich eingeschätzt sind. Unter anderem sind eine umfangreiche Sanierung des westlichen Fahrstreifens und die Integration von Entwässerungsmaßnahmen in diesem Bereich notwendig (siehe Lagepläne in Anlage 1). Die anrechenbaren Kosten gemäß der aktuellen Berechnung setzen sich wie folgt zusammen (Nettoangaben):

• Verlegung des Geh- und Radweges inklusive Umbau der Stellplätze	135.000 €
• Einbau eines taktilen Leitsystems	7.000 €
• Sanierung des westlichen Fahrstreifens	60.000 €
• Berücksichtigung der Entwässerung durch Absetzbecken und Rigolensystem inklusive Verbau	70.000 €
Summe	272.000 €

Die Bruttokosten für die Baumaßnahme belaufen sich aktuell auf ca. 324.000 €.

Fazit

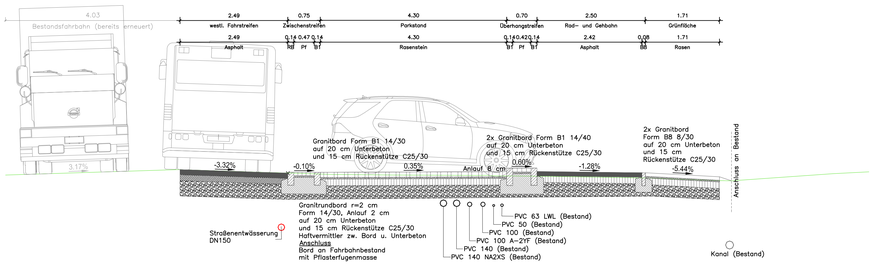
Die geplanten Maßnahmen in der Cerveteristraße sind notwendig, da die derzeitige Verkehrssituation zu einer Gefährdung der Verkehrsteilnehmer führt, insbesondere während der morgendlichen Stoßzeiten. Die zunehmende Zahl von Konflikten und Beinaheunfällen zwischen Fahrzeugen, Fußgängern und Radfahrern stellt ein Sicherheitsrisiko dar. Die vorgeschlagenen Umgestaltungen – insbesondere die Verlagerung der Parkplätze und die Schaffung eines barrierefreien Verkehrsraums – würden wesentlich zur Verbesserung der Verkehrssicherheit und zur Entschärfung der aktuellen Gefährdungslage beitragen.

Angesichts der erhöhten technischen Anforderungen und der Notwendigkeit einer umfassenden Sanierung des Straßenraums sind die Bau- und Planungskosten höher als ursprünglich eingeschätzt und im Haushalt berücksichtigt. Für die Baumaßnahmen sind auf Basis der aktuellen Kostenberechnung ca. 324.000 € (brutto) erforderlich. Um die Ingenieurkosten sowie die Nebenkosten abzudecken, schlagen wir einen Zuschlag von 20 % (65.000 €) auf die Baukosten vor. Das ergibt eine Summe von insgesamt 390.000 €.

Die Wichtigkeit der Maßnahme im Hinblick auf die Verkehrssicherheit wurde bereits dargelegt. Die Verwaltung empfiehlt daher, die Maßnahme fortzusetzen. Aufgrund der höheren Bau- und Planungskosten sowie der angespannten Haushaltssituation ist jedoch eine politische Entscheidung über das weitere Vorgehen erforderlich, um das Projekt umzusetzen.

Abschließend kommt das Stadtbauamt zu dem auf Seite 1 formulierten Beschlussvorschlag.

Querschnitt Verkehrsanlage 0+041.943



westlicher Fahrstreifen
Oberbaukonstruktion
nach RStO 12 Tafel 6 Zeile 1 Bk 3,2

4,0 cm	SMA B S 25/55–55	
6,0 cm	AC 16 B S 25/55–55	
12,0 cm	AC 22 T S 50/70	
35,0 cm	Frostschutzschicht, 0/45,	E_{V2} = 120 MPa
57,0 cm	Gesamtaufbau	

Parkbucht
Oberbaukonstruktion
nach RStO 12 Tafel 3 Zeile 1 Bk 0,3

12,0 cm	Rasenstein	
4,0 cm	Bettungsmaterial (30% Gesteinskörnung 2/5 und 70% Extensivsubstrat)	
15,0 cm	Schottertragschicht, 0/32,	E_{V2} = 120 MPa
26,0 cm	Frostschutzschicht, 0/45,	E_{V2} = 100 MPa
57,0 cm	Gesamtaufbau	

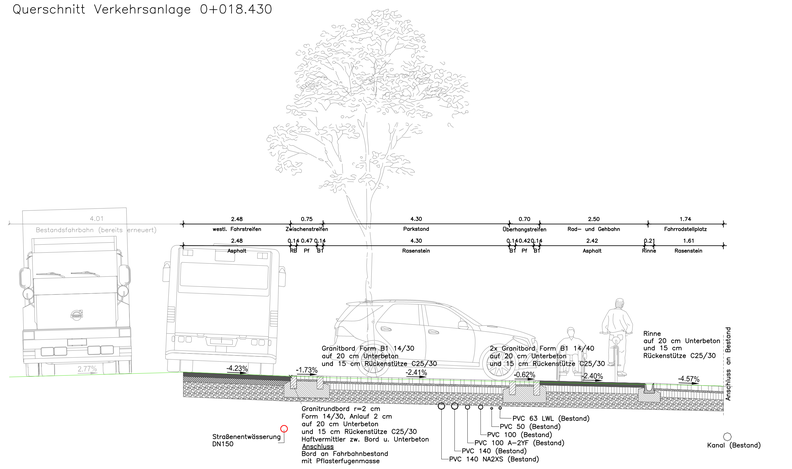
Rad- und Gehbahn
Oberbaukonstruktion
nach RStO 12 Tafel 6 Zeile 1

10,0 cm	AC 16 T D 70/100	
15,0 cm	Schottertragschicht 0/32,	E_{V2} = 100 MPa
32,0 cm	Frostschutzschicht, 0/45,	E_{V2} = 100 MPa
57,0 cm	Gesamtaufbau	

Fahrradstellplatz
Oberbaukonstruktion
nach RStO 12 Tafel 3 Zeile 1 Bk 0,3

12,0 cm	Rasenstein	
4,0 cm	Bettungsmaterial (30% Gesteinskörnung 2/5 und 70% Extensivsubstrat)	
15,0 cm	Schottertragschicht, 0/32,	E_{V2} = 120 MPa
26,0 cm	Frostschutzschicht, 0/45,	E_{V2} = 100 MPa
57,0 cm	Gesamtaufbau	

Querschnitt Verkehrsanlage 0+018.430



westlicher Fahrstreifen
Oberbaukonstruktion
nach RStO 12 Tafel 6 Zeile 1 Bk 3,2

4,0 cm	SMA B S 25/55–55	
6,0 cm	AC 16 B S 25/55–55	
12,0 cm	AC 22 T S 50/70	
35,0 cm	Frostschutzschicht, 0/45,	E_{V2} = 120 MPa
57,0 cm	Gesamtaufbau	

Parkbucht
Oberbaukonstruktion
nach RStO 12 Tafel 3 Zeile 1 Bk 0,3

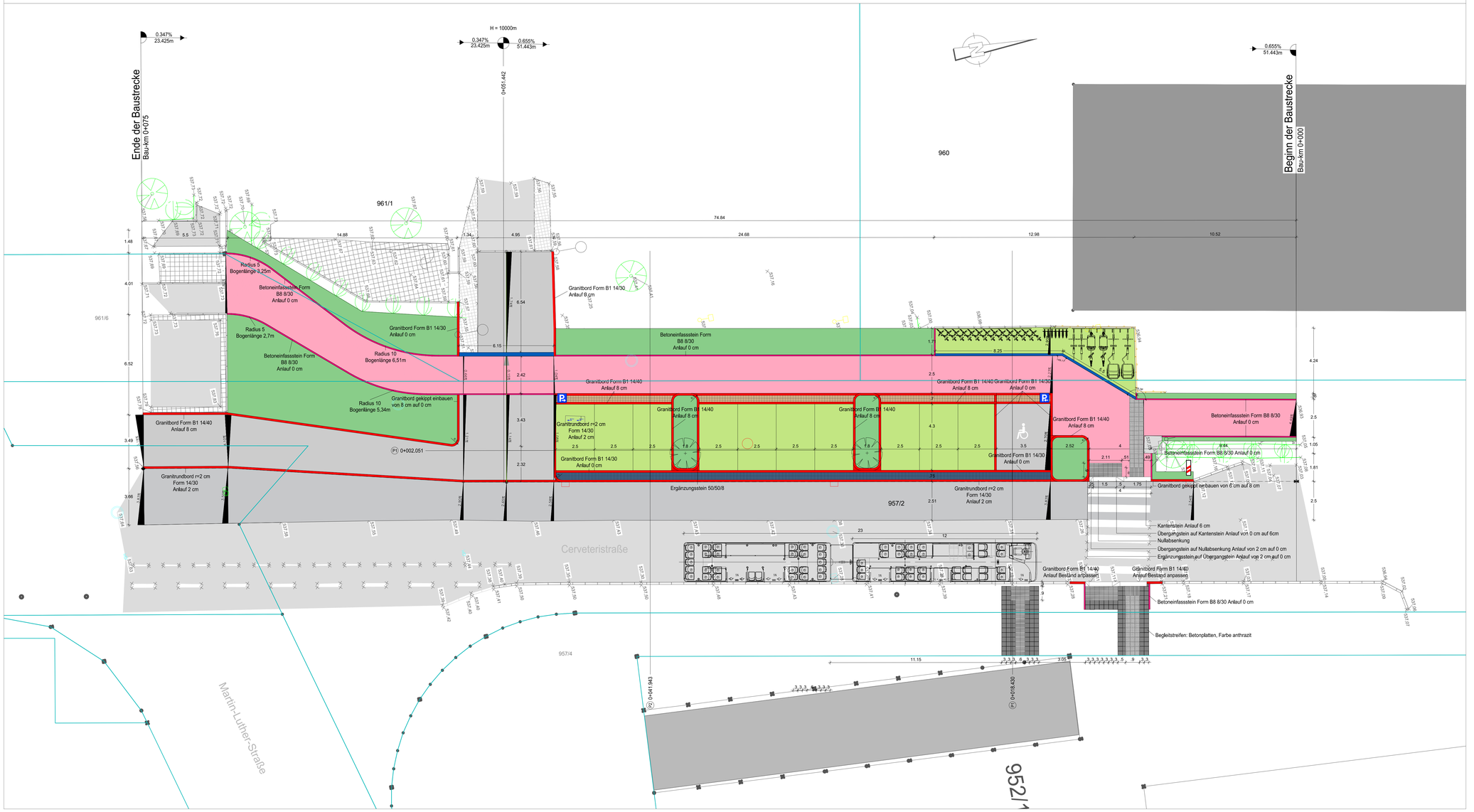
12,0 cm	Rasenstein	
4,0 cm	Bettungsmaterial (30% Gesteinskörnung 2/5 und 70% Extensivsubstrat)	
15,0 cm	Schottertragschicht, 0/32,	E_{V2} = 120 MPa
26,0 cm	Frostschutzschicht, 0/45,	E_{V2} = 100 MPa
57,0 cm	Gesamtaufbau	

Rad- und Gehbahn
Oberbaukonstruktion
nach RStO 12 Tafel 6 Zeile 1

10,0 cm	AC 16 T D 70/100	
15,0 cm	Schottertragschicht 0/32,	E_{V2} = 100 MPa
32,0 cm	Frostschutzschicht, 0/45,	E_{V2} = 100 MPa
57,0 cm	Gesamtaufbau	

Fahrradstellplatz
Oberbaukonstruktion
nach RStO 12 Tafel 3 Zeile 1 Bk 0,3

12,0 cm	Rasenstein	
4,0 cm	Bettungsmaterial (30% Gesteinskörnung 2/5 und 70% Extensivsubstrat)	
15,0 cm	Schottertragschicht, 0/32,	E_{V2} = 120 MPa
26,0 cm	Frostschutzschicht, 0/45,	E_{V2} = 100 MPa
57,0 cm	Gesamtaufbau	



Zeichenerklärung

Planung

- H = 10000m; 1.46% / 20.000m; 0.34% / 20.000m — Neigungsbrechpunkt mit Angabe von Ausrundungshalbmesser, Längsneigung und Abstand zum nächsten Neigungsbrechpunkt
- Fahrbahn - Asphalt
- Rad- und Gehbahn - Asphalt
- Parkbucht - Rasenstein
- barrierefreie Überquerungsstelle
- Zwischenstreifen - Pflaster 5-zeilig
- Überhangstreifen - Pflaster 4-zeilig
- Grünfläche
- Betoneinfassstein
- Granitbord
- Noppenplatten 30/30/8 weiß
- Begleitstreifen 30/30/8 anthrazit
- Rippenplatten 30/30/8 weiß
- Straßenablauf
- Entwässerungsrinne
- Vorreinigungsschacht
- Boxrigolen

Bestand

- HFP — Messpunkt
- Strauch
- Baum
- Verkehrszeichen
- Kanal Regenwasser
- Sinkkasten
- Gasschieber
- Lichtmast
- Bordstein
- Rasengittersteine
- Maschendrahtzaun
- Pflanzfläche
- Holzzaun mit Leistenstein
- Kopfsteinpflaster
- zweiseitige Bake
- Parkplatzschild
- Mast

Planverfasser REUTHER Dorfstraße 2 81247 München	geprüft: 30.11.2023 ReS gezeichnet: 30.11.2023 ReM Datum Zeichen
Bauherr Große Kreisstadt Fürstenfeldbruck Sachgebiet 43 Hauptstraße 31 82256 Fürstenfeldbruck	geprüft: gezeichnet: Datum Zeichen

Nr.	Art der Änderung	Datum	Zeichen

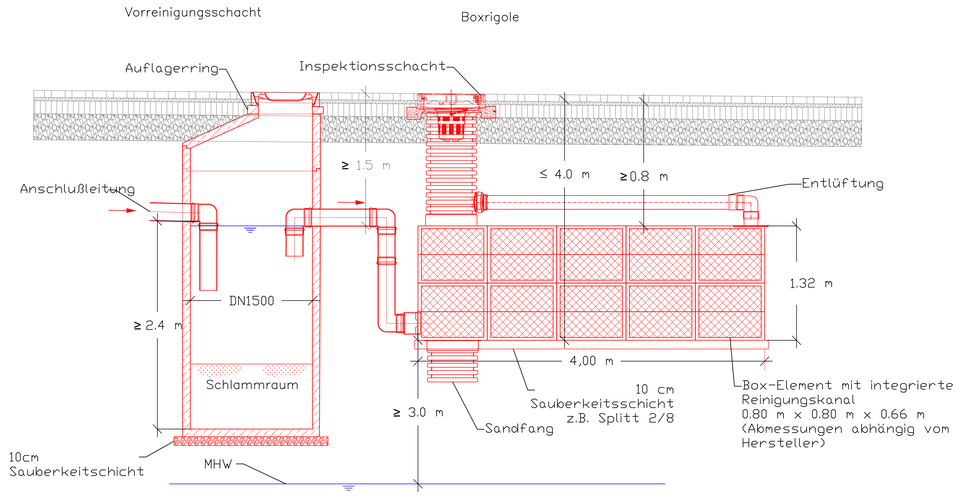
Entwurfsplanung

Bauverwaltung 82256 Fürstenfeldbruck Hauptstraße 31 82256 Fürstenfeldbruck	Unterlage / Blatt Nr. 2
Straße: Cerveterist. 12-19 Bau-km: 0+000 bis 0+075	
PROJIS-Nr.:	Maßstab: LP 1:100 QS 1:50

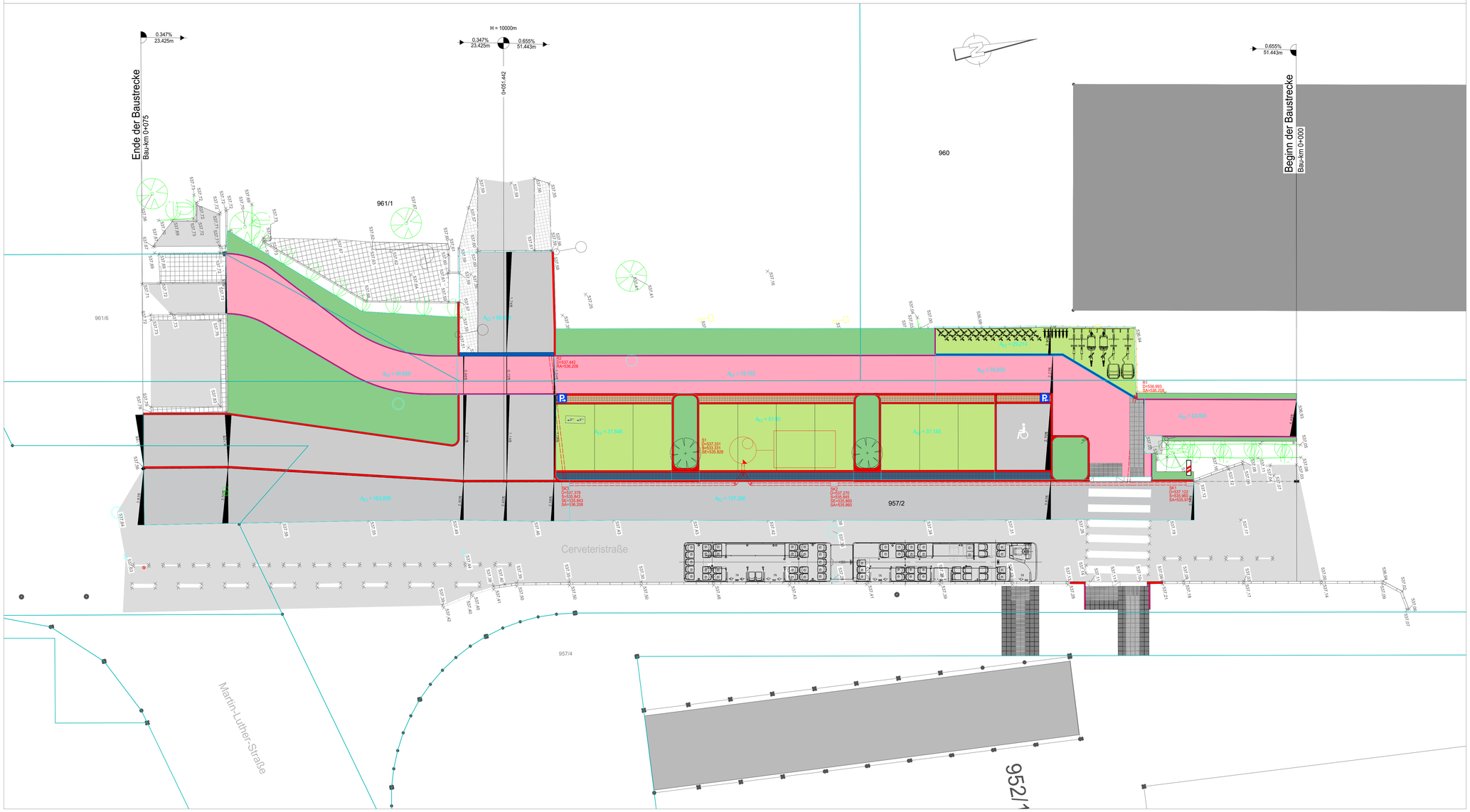
Lageplan
Erneuerung der Verkehrsanlage
Flächentausch vor dem Kindergarten Pusteblume und Viscardi Gymnasium

aufgestellt: München, den 30.11.2023	
freigegeben: Große Kreisstadt Fürstenfeldbruck Sachgebiet 43 i.A. Fürstenfeldbruck, den _____	

Boxrigolen–System



Länge und Höhe von Boxrigole laut Plan.
Breite von 2.40 m bis 4.80 m



Zeichenerklärung

Planung

H = 10000m
1.46% 20.000m
0.34% 20.000m
Neigungsbrechpunkt mit Angabe von Ausrundungshalbmesser, Längsneigung und Abstand zum nächsten Neigungsbrechpunkt

- Fahrbahn - Asphalt
- Rad- und Gehbahn - Asphalt
- Parkbucht - Rasenstein
- barrierefreie Überquerungsstelle
- Zwischenstreifen - Pflaster 5-zeilig
- Überhangstreifen - Pflaster 4-zeilig
- Grünfläche
- Betoneinfassstein
- Granitbord
- Noppenplatten 30/30/8 weiß
- Begleitstreifen 30/30/8 anthrazit
- Rippenplatten 30/30/8 weiß
- Straßenablauf
- Entwässerungsrinne
- Vorreinigungsschacht
- Boxrigolen

Bestand

- HFP Messpunkt
- Strauch
- Baum
- Verkehrszeichen
- Kanal Regenwasser
- Sinkkasten
- Gasschieber
- Lichtmast
- Bordstein
- Rasengittersteine
- Maschendrahtzaun
- Pflanzfläche
- Holzzaun mit Leistenstein
- Kopfsteinpflaster
- zweiseitige Bake
- Parkplatzschild
- Mast

Planverfasser	geprüft:	30.11.2023	ReS
REUTHER Dorfstraße 2 81247 München	gezeichnet:	30.11.2023	ReM
		Datum	Zeichen

Bauherr	geprüft:		
Große Kreisstadt Fürstenfeldbruck Sachgebiet 43 Hauptstraße 31 82256 Fürstenfeldbruck	gezeichnet:		
		Datum	Zeichen

Nr.	Art der Änderung	Datum	Zeichen

Entwurfsplanung

Bauverwaltung
82256 Fürstenfeldbruck
Hauptstraße 31
82256 Fürstenfeldbruck
Straße: Cerveterist. 12-19 Bau-km: 0+000 bis 0+075

Unterlage / Blatt Nr.: 7

PROJIS-Nr.:

Maßstab: LP 1:100 QS 1:25

Entwässerungsplan
Erneuerung der Verkehrsanlage
Flächentausch vor dem Kindergarten Pusteblume und Viscardi Gymnasium

aufgestellt:
München, den 30.11.2023

freigegeben:
Große Kreisstadt Fürstenfeldbruck
Sachgebiet 43
i.A.
Fürstenfeldbruck, den _____

20231130_Parkbucht_Geh_Radweg_FFB_LPH3.dwg

STADTVERWALTUNG FÜRSTENFELDBRUCK

Beschlussvorlage Nr. 3379/2024

30. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Verkehr und Tiefbau

Betreff/Sach-antragsnr.	Ergebnisse Treibhausgasbilanzierung Stadtverwaltung			
TOP - Nr.		Vorlagenstatus	öffentlich	
AZ:	lb	Erstelldatum	23.09.2024	
Verfasser	Billeter, Lucia	Zuständiges Amt	Amt 4	
Sachgebiet	43 Stadtentwicklung	Abzeichnung OB:		

Beratungsfolge		Zuständigkeit	Datum	Ö-Status
1	Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Tiefbau	Kenntnisnahme/ Entscheidung	05.02.2025	Ö

Anlagen:	1. Bericht zur Treibhausgasbilanzierung Stadtverwaltung Fürstenfeldbruck 2. Beschlussbuchauszug Klimastrategie Stadtverwaltung

Beschlussvorschlag:

Der Vortrag wird zur Kenntnis genommen.

Referent/in		Zierl, Dr. / ÖDP	Ja/Nein/Kenntnis	Ja
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	

Klimarelevanz					
Umweltauswirkungen					
Finanzielle Auswirkungen					
Haushaltsmittel stehen zur Verfügung					€
Aufwand/Ertrag lt. Beschlussvorschlag					€
Aufwand/Ertrag der Gesamtmaßnahme				€	
Folgekosten	Keine direkten Folgekosten			€	

Beschlusslage

Die Stadt Fürstenfeldbruck will bis 20235 klimaneutral werden. Um dieses Ziel zu erreichen ist es essenziell, eine Bilanz der ausgestoßenen Treibhausgase (kurz THG, z.B. CO_2 oder Methan) zu erstellen, da so der Ausstoß über die Zeit aufgezeigt werden kann und man sieht, ob und welche Maßnahmen wirken und wo man noch aktiver werden muss. Für die gesamte Stadt wurde eine solche innerhalb des Energienutzungsplan des Landkreises erhoben, der Bericht inkl. Bilanzierung wird voraussichtlich im Mai veröffentlicht und im Juli dem Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Tiefbau vorgestellt.

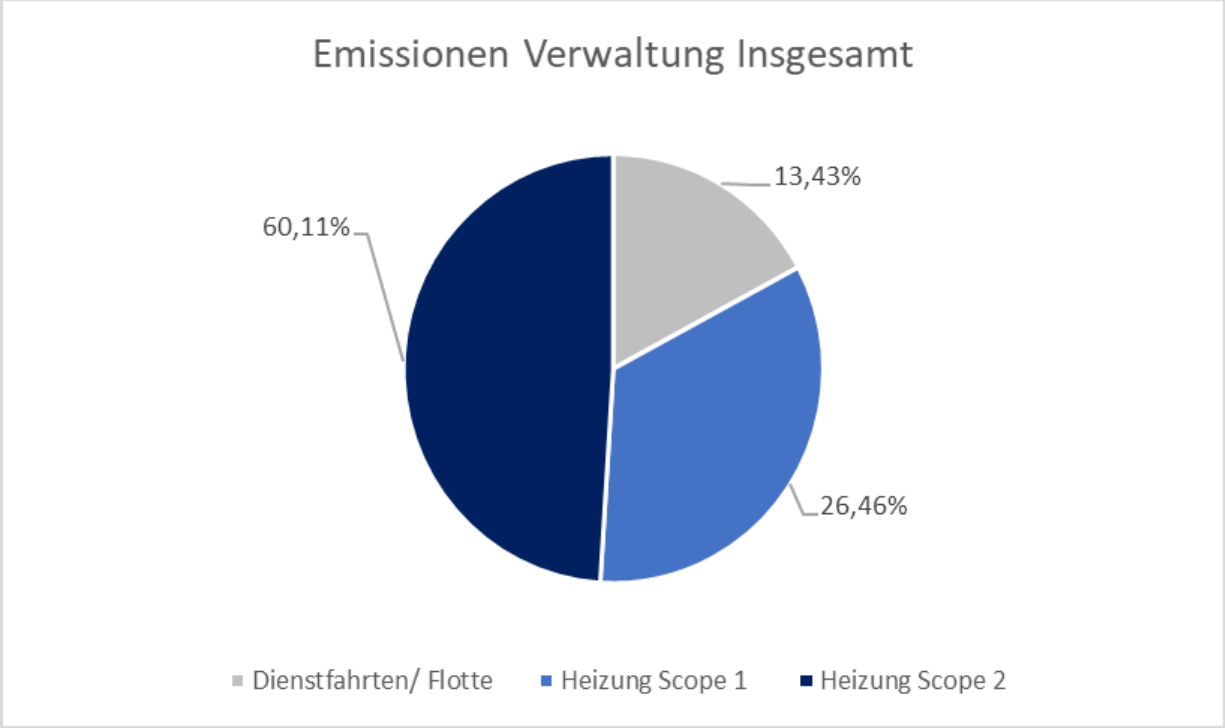
Die Stadtverwaltung in Ihrer Ganzheit wurde bisher noch nicht bilanziert. Dies wurde dem Klimamanagement mit der Klimastrategie aufgetragen und beauftragt, die Dienstfahrten und –reisen für das Jahr 2023 speziell zu bilanzieren (s. Anlage) und möglichen Kompensationsoptionen zu präsentieren, um zumindest schon einmal die Dienstwege klimaneutral zu gestalten.

Ergebnisse Bilanzierung Verwaltung 2022

Für die Bilanzierung der Stadtverwaltung wurde das kostenlose Onlinetool „Eco-Cockpit“ von der Effizienz-Agentur NRW verwendet. Im Vergleich zum Klimaschutzplaner ist dieses Tool speziell für Firmen und Betriebe entwickelt worden und geht sehr ins Detail, wogegen der Klimaschutzplaner breiter gefächert ist und für ganze Gemeinden ausgelegt ist. Diverse Graphen und genaue Hinweise und Methoden zur Bilanzierung kann im Dokument „Bericht Treibhausgasbilanzierung Stadtverwaltung Fürstenfeldbruck 2022“ nachgelesen werden (s. Anlage 1).

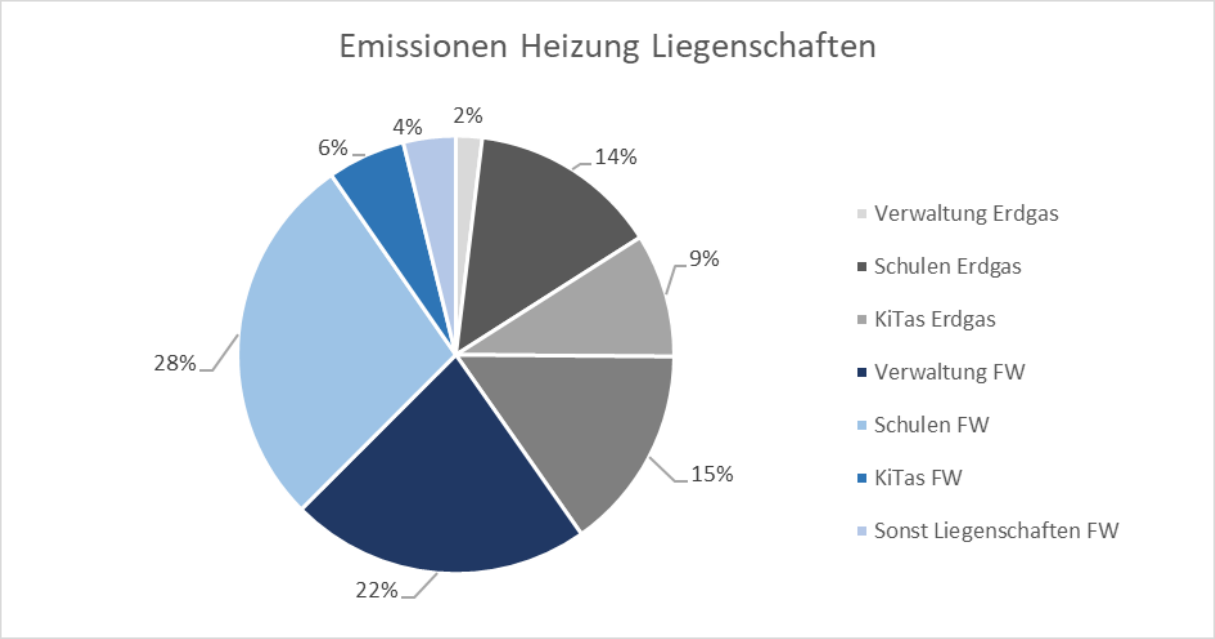
Mit dem Auftrag für die Stadtverwaltung von 2023 zur Ermittlung der Emissionen wurde ebenfalls die Suche nach Kompensations- bzw. Ausgleichsprojekten für die Flotte bzw. Dienstfahrten beauftragt. Dieser Aspekt wird in *Beschlussvorlage 3451/2024 Beschluss Ausgleichszahlungen Treibhausgasemissionen Dienstfahrten Stadtverwaltung* ausführlich behandelt. Im Folgenden werden die wichtigsten Ergebnisse für die THG-Bilanzierung der Stadtverwaltung erläutert.

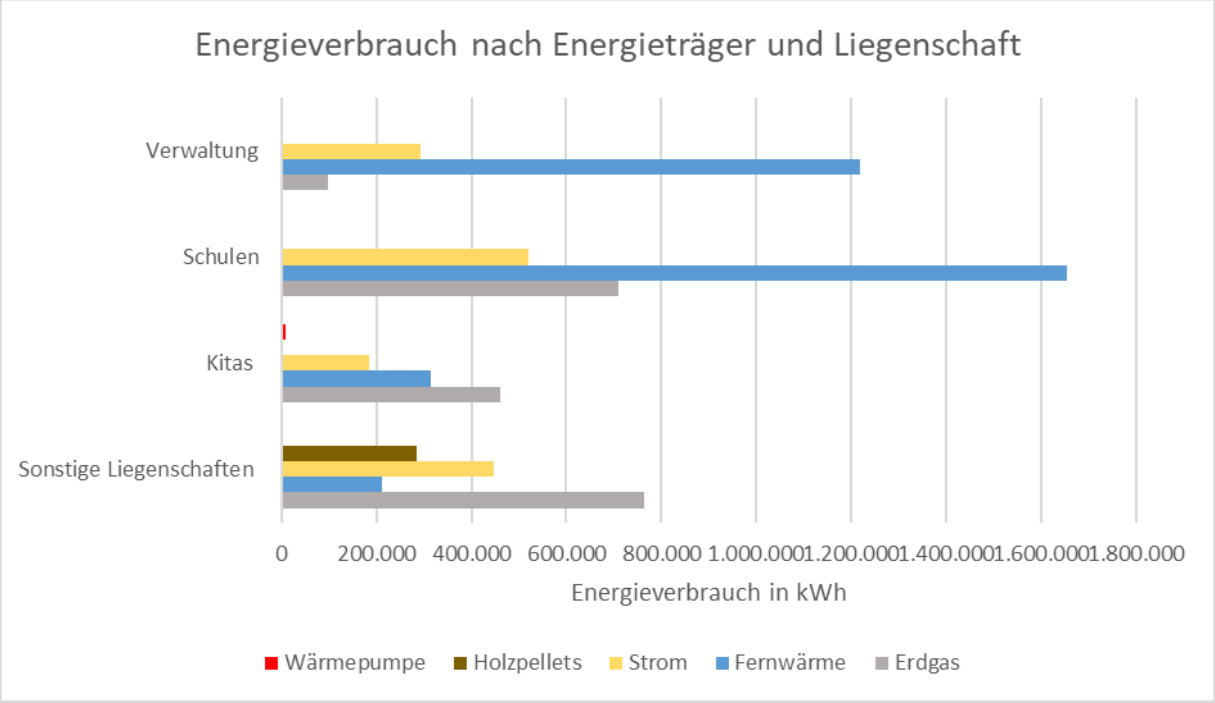
	t CO2e
Dienstfahrten/ Flotte	212,62
Heizung Scope 1 (direkte Emissionen)	419,06
Heizung Scope 2 (indirekte Emissionen)	606,90
	1.238,58



	Emittent	Menge	Anteil	t CO2e
Scope 1	**Geschäftsreisen und firmeneigene Fahrzeuge**			
Bauhof	Diesel in L	46.908	9,19%	145,53
	Benzin in L	7.534	1,37%	21,69
Flotte	Erdgas in L	2.391	0,46%	7,35
	Benzin in L	365	0,07%	1,05
	Strom in kWh	526	0	0,00
Feuerwehr	Benzin in L	9.045	1,77%	28,06
	Diesel in L	718	0,13%	2,07
Dienstreisen	Benzin in L	2.387	0,43%	6,87
			13,43%	**212,62**
	Einsatz von Energieträgern für die interne Verbrennung			
Verwaltung	Erdgas in kWh	98.000	1,24%	19,70
Schulen	Erdgas in kWh	710.000	9,00%	142,71
KiTas	Erdgas in kWh	462.000	5,86%	92,86
Sonst. Liegenschaften	Holz-Pellets in kWh	284.000	0,64%	10,22
Sonst. Liegenschaften	Erdgas in kWh	764.000	9,68%	153,56
			26,46%	**419,06**

	Emittent	Menge	Anteil	t CO2e
Scope 2	**Bereitstellung von Energie aus externen Quellen**			
Verwaltung	Fernwärme in kWh	1.217.000	21,49%	226,36
Schulen	Fernwärme in kWh	1.655.000	29,22%	282,33
KiTas	Fernwärme in kWh	316.000	5,58%	58,78
KiTas	Wärmepumpe	8.000	0,00%	0
Sonst Liegenschaften	Fernwärme in kWh	212.000	3,74%	39,43
Verwaltung	Strom in kWh	292.901	0	0
Schulen	Strom in kWh	520.072	0	0
KiTas	Strom in kWh	185.884	0	0
Sonst Liegenschaften	Strom in kWh	447.186	0	0
			60,11%	**606,90**



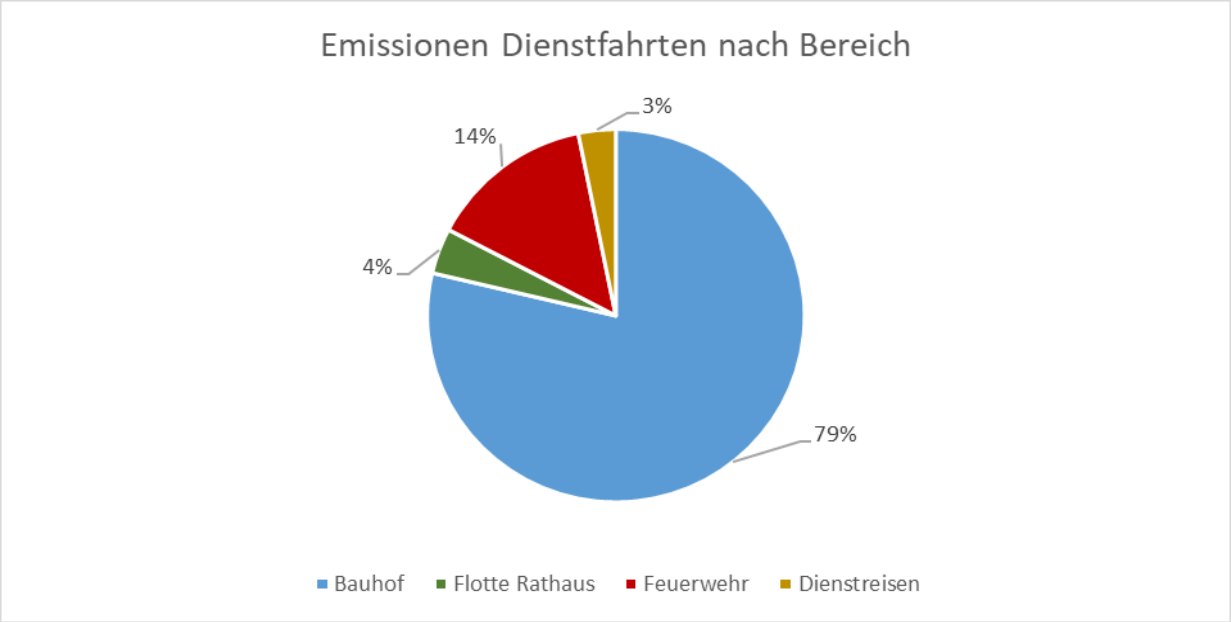


Die Ergebnisse zeigen, dass der größte Energieverbrauch und damit die meisten Emissionen, wie zu erwarten, durch die Immobilien entstehen. Der Großteil der Heizungen wird bereits durch Fernwärme gestemmt. Diese ist aktuell von den Stadtwerken noch nicht klimaneutral betrieben, sondern durch eine Mischung aus Block-Heizkraftwerken, einem Biomassekessel und Gas-Öl Kesseln. Diese Mischung ist allerdings klimafreundlicher als der Bundesdurchschnitt für Fernwärme.
Bei Scope 2 Emissionen hat man als Verbraucher nicht viel Handlungsoptionen, um auf nachhaltigere Optionen umzustellen, allerdings haben die Stadtwerke den

Auftrag, ihre Energieversorgung auf regenerative Energien umzustellen, daher ist zu erwarten, dass die Fernwärme in Zukunft klimaneutral gestaltet sein wird.

Knapp 40% der Emissionen der Liegenschaften kommen von Gasheizungen. Diese sollen in den kommenden Jahren nach und nach durch klimafreundliche Optionen getauscht werden.

Die Emissionen der Dienstfahrten entstehen zum größten Teil durch die Fahrten des Bauhofs, gefolgt von der Feuerwehr, der Flotte des Rathauses und den Dienstreisen. Der Bauhof betreibt essenzielle Bereiche im Stadtbetrieb mit Fahrzeugen, die derzeit noch nicht einfach durch Elektrofahrzeuge ersetzt werden können (z.B. Schneeräumfahrzeuge und andere Nutzfahrzeuge), das gleiche gilt für die Feuerwehr. Das größte Potenzial zur schnellen Maßnahmenumsetzung liegt bei der Flotte des Rathauses, das kontinuierlich auf E-Fahrzeuge umrüstet.



Nächste Schritte

Im Immobilienmanagement wurde der Förderantrag für das kommunale Energiemanagement gestellt, das Ergebnis steht noch aus. Sobald die Stelle besetzt wurde, soll der Sanierungsfahrplan erstellt werden. Bis dahin werden die Liegenschaften kontinuierlich geprüft und saniert.

Im Frühjahr soll auch eine allgemeine Umfrage zum betrieblichen Mobilitätsverhalten bei der Belegschaft gestartet werden, um Wünsche, Bedenken und Verhalten zu erfahren und die Mobilität zur Arbeit und während der Arbeit zu verbessern. In Zukunft sollen auch mehr Dienstfahrräder eingeführt werden, zusätzlich zur Umrüstung der Flotte auf Elektrofahrzeuge.

Da der Bauhof den größten Anteil an den Emissionen der Flotte hat, soll hier so bald wie möglich mit ersten E-Autos begonnen werden, um die Möglichkeiten zu testen (z.B. Caddy oder Müllsammelfahrzeuge). Hierfür sollen entsprechende

Haushaltsmittel bereitgestellt werden. Die Verwendung entsprechender Fördermittel ist zu prüfen.

Bericht zur Treibhausgasbilanzierung der Stadtverwaltung Fürstenfeldbruck 2022/2023

Einleitung und Erklärung

Wozu werden THG-Bilanzierungen benötigt?

Die Welt, Deutschland und auch Fürstenfeldbruck haben sich ambitionierte Klimaziele gesetzt: das globale Ziel ist 2050, das lokale bereits 2035 klimaneutral zu werden, d.h. keine Treibhausgase (THG) mehr aus fossilen Energien auszustoßen. Um nachvollziehen zu können, wo die Stadt bei diesem Ziel steht ist eine regelmäßige Berechnung der Emissionen notwendig. Eine solche Bilanz zeigt auch auf, in welchen Bereichen, z.B. Heizen, noch Handlungsbedarf besteht.

Für die Bilanz für eine ganze Stadt werden andere Berechnungstools und –ansätze verwendet als für eine Verwaltung. Für letztere verwendet man einen Ansatz, der auch für Firmen verwendet wird: nach dem Greenhouse-Gas-Protocol (GHG-Protocols) und deren internationalem Bilanzierungsstandard.
Die Emissionen werden laut nach der Systematik des GHG-Protocols in drei Bereiche, sog. Scopes, eingeteilt:

Scope 1 Emissionen sind direkte Emissionen der Verwaltung, z.B. durch Verbrennungsmotoren des eigenen Fuhrparks, direkte Verbrennung von Gas bei Heizanlagen und Dieselaggregaten, Maschinen und Werkzeuge des Bauhofs mit Verbrennungsmotoren, Kühlmittelanlagen o.Ä.

Scope 2 Emissionen sind indirekte Emissionen durch eingekaufte Energie (z.B. Strom, Fernwärme, Kühlung).

In **Scope 3** finden sich alle weiteren Emissionen, die bei Herstellung und Transport von Materialien (Papier, Elektronikherstellung, etc.), Dienstreisen mit der Bahn oder bei der Entsorgung und Recycling von Produkten (z.B. Bauschutt, alte PCs). In diesen Bereich fallen auch indirekte Emissionen durch Geldanlagen und Investments. Bei einer ganzheitlichen Bilanzierung würden sich die meisten Emissionen in Scope 3 befinden, allerdings hat die Verwaltung auf diesen Bereich am wenigsten Einfluss. Daher wurde in dieser ersten Bilanzierung auf die Ermittlung dieser Daten verzichtet.

Treibhausgase (THG) beschreiben alle Gase, die den Treibhauseffekt bewirken. Oft werden sie mit CO_2 gleichgesetzt, aber CO_2 ist nur eines von vielen THG, andere wichtiges Gase sind z.B. Methan oder Lachgas. Da die THG verschiedenen Wirkungen haben, werden sie generell in CO_2-Äquivalente umgerechnet, kurz CO_2e, so auch in diesem Bericht.

Eine THG-Bilanzierung dient als Datengrundlage für konkrete Maßnahmen und strategische Entscheidungen. Es wird ermittelt, welche (messbaren) Energiebedarfe in der Verwaltung anfallen und welche THG-Emissionen damit zusammenkommen. So wird deutlich, in welchen Bereichen man noch tätig werden muss oder könnte. Solche Bilanzen sollten in regelmäßigen Abständen, z.B. alle zwei Jahre, berechnet werden, um Fortschritte zu sehen und zu prüfen, ob entsprechende Maßnahmen wirken.

Methoden

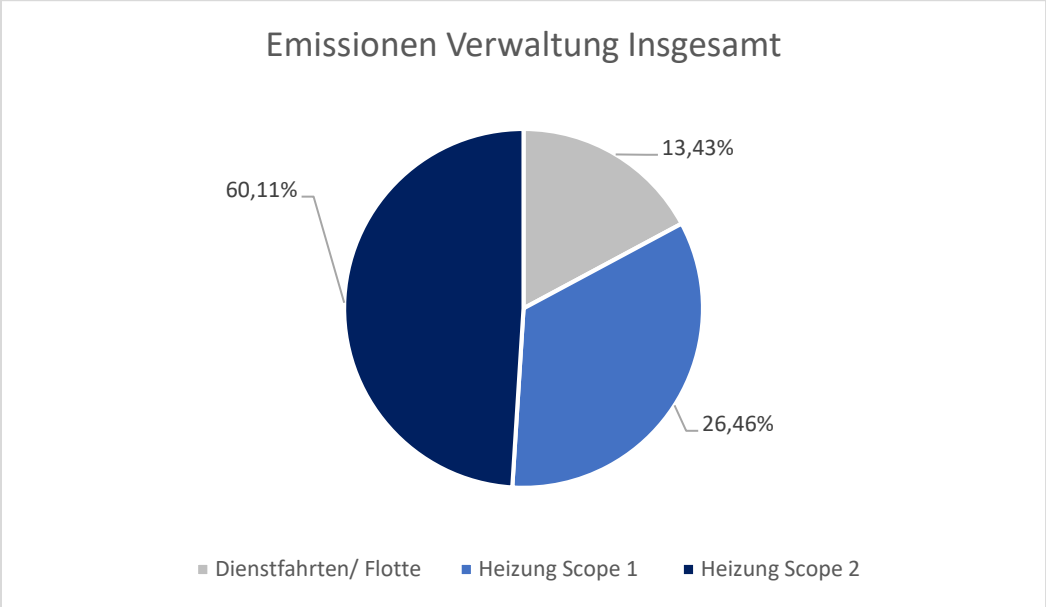
Die Bilanzierung wurde mit dem kostenlosen Tool der Effizienz-Agentur NRW erstellt, das speziell für CO_2-Bilanzen für Unternehmen entwickelt wurde. Es orientiert sich am internationalen Standard des GHG-Protocols, daher wurde diese Bilanz auch in Scopes eingeteilt. Allerdings wurden in dieser ersten Bilanz für die Stadtverwaltung Fürstenfeldbruck nur Scope 1 und 2 beleuchtet und auf Scope 3 verzichtet, da diese Daten sehr schwer bis unmöglich zu beschaffen sind und in dem Bereich auch wenig Handlungsspielraum besteht.

Für die Bilanz wurden die direkten und indirekten Energieverbräuche der Verwaltung betrachtet, d.h. die Strom- und Heizungsrechnungen der Liegenschaften, sowie die Fahrtenbücher oder Tankverhalten der diversen Dienstfahrzeuge eingeholt und entsprechende Faktoren basierend auf den Modellen der Fahrzeuge umgerechnet. Zusätzlich wurden für das Jahr 2023 die Dienstfahrten mit dem (privaten) Auto z.B. zu Schulungen außerhalb des Stadtgebiets, die durch einen Dienstreiseantrag nachvollzogen werden konnten, aufgenommen und pauschal mit einem Durchschnittswert für Benzinverbrauch und deren Emissionen für PKW berechnet. Da diese Daten nicht für das Jahr 2022 vorlagen, wurde der Wert von 2023 übernommen, da nicht anzunehmen ist, dass die Dienstfahrten pro Jahr durchschnittlich wesentlich abweichen.

Holzpelletheizungen, v.a. in Verbindung mit Solarthermie, werden von der Verwaltung als nachhaltige Heizungsmethoden angesehen. Es wurden daher keine Emissionen angerechnet (auch wenn natürlich das Verheizen von Holz Emissionen verursacht), allerdings handelt es sich um nachwachsende Rohstoffe und ist in jedem Fall einer fossilen Heizung vorzuziehen.
Die Holzpelletheizungen in Frage sind: Feuerwehr Puch, Gemeindehaus / Schützenheim Puch und die Verwaltung des Waldfriedhofs.

Ergebnisse 2022

	t CO2e
Dienstfahrten/ Flotte	212,62
Heizung Scope 1 (direkte Emissionen)	419,06
Heizung Scope 2 (indirekte Emissionen)	606,90
	1.238,58

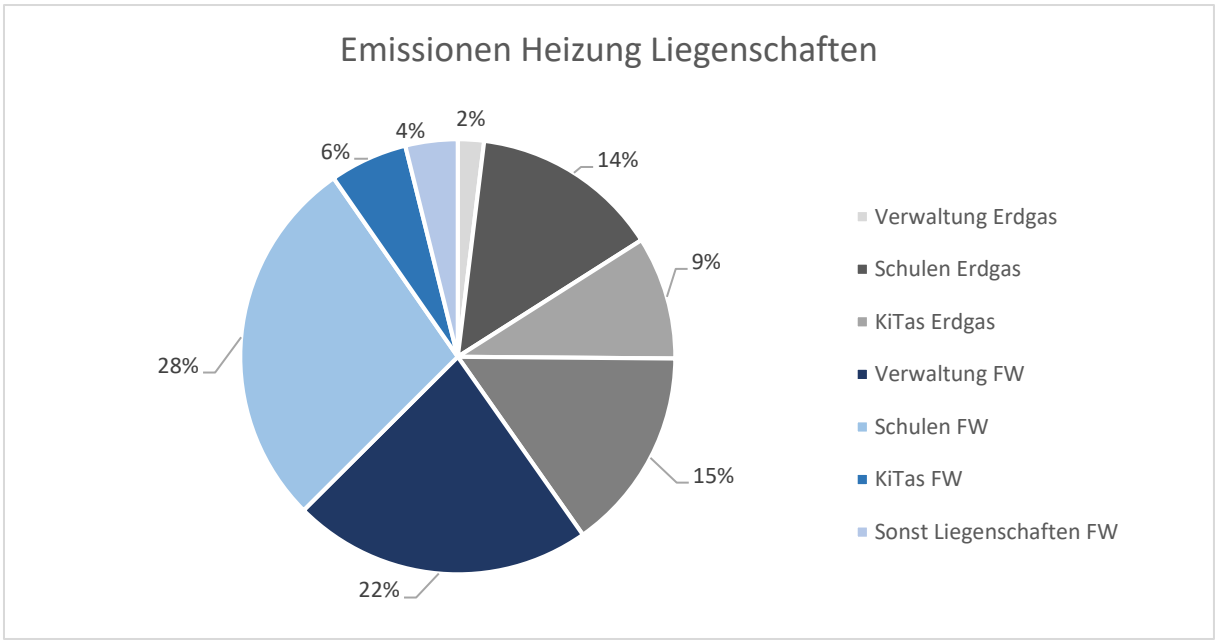


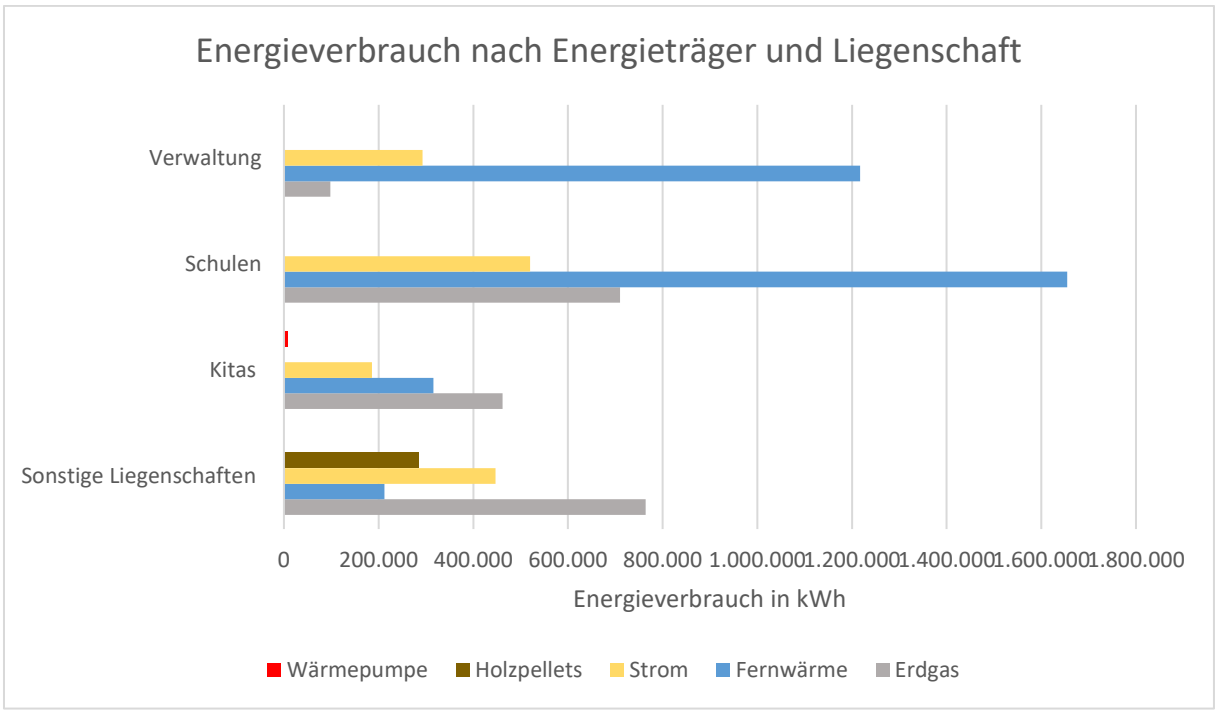
Die Emissionen der Verwaltung für das Jahr 2022 belaufen sich auf 1.238,58 t CO_2e, mit Emissionen aus Gasheizung und Fernwärme, sowie Diesel, Gas und Benzin aus der Flotte. Aus Strombezug entstehen keine Emissionen, da die Verwaltung Ökostrom von den Stadtwerken bezieht.

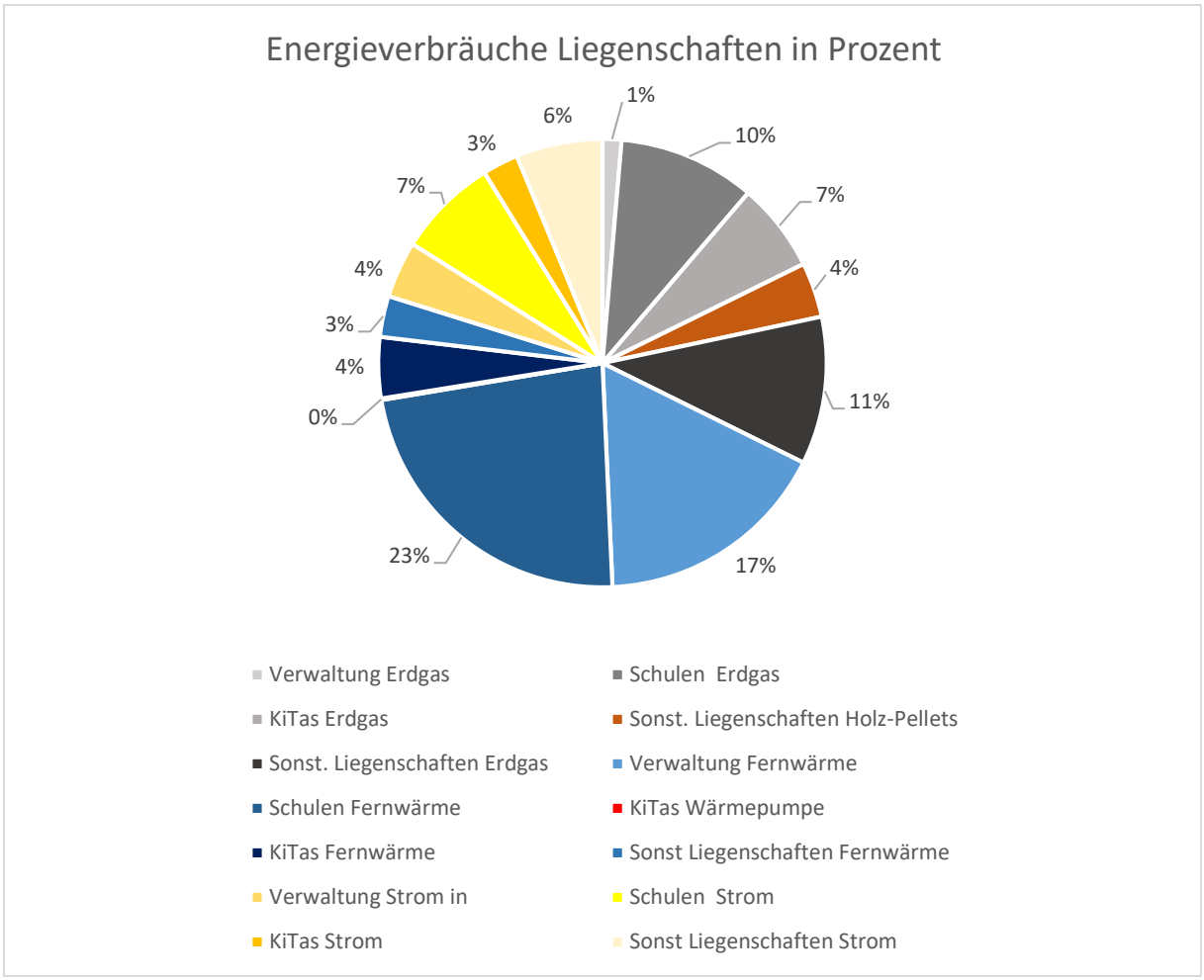
13,4% der Emissionen entstehen durch Dienstfahrten, 26,5% durch Gas-Heizungen (Scope 1) und gut 60% durch Heizung in Scope 2, d.h. in diesem Fall durch Fernwärmenutzung.

Die detaillierte Auflistung der Energieverbräuche und Emissionen der verschiedenen Liegenschaften und Fahrzeuge ist in der Tabelle auf Seite 4 zu finden. Auf den folgenden Seiten werden die verschiedenen Emissionen und Energieverbräuche in unterschiedlichen Graphen dargestellt.
Die Emissionen der Dienstfahrten bzw. der Flotte werden ab Seite 7 genauer besprochen.

	Emittent	Menge	Anteil	t CO2e
Scope 1	**Geschäftsreisen und firmeneigene Fahrzeuge**			
Bauhof	Diesel in L	46.908	9,19%	145,53
	Benzin in L	7.534	1,37%	21,69
Flotte	Erdgas in L	2.391	0,46%	7,35
	Benzin in L	365	0,07%	1,05
	Strom in kWh	526	0	0,00
Feuerwehr	Benzin in L	9.045	1,77%	28,06
	Diesel in L	718	0,13%	2,07
Dienstreisen	Benzin in L	2.387	0,43%	6,87
			13,43%	**212,62**
	Einsatz von Energieträgern für die interne Verbrennung			
Verwaltung	Erdgas in kWh	98.000	1,24%	19,70
Schulen	Erdgas in kWh	710.000	9,00%	142,71
KiTas	Erdgas in kWh	462.000	5,86%	92,86
Sonst. Liegenschaften	Holz-Pellets in kWh	284.000	0,64%	10,22
Sonst. Liegenschaften	Erdgas in kWh	764.000	9,68%	153,56
			26,46%	**419,06**
	Emittent	Menge	**Anteil**	**t CO2e**
Scope 2	**Bereitstellung von Energie aus externen Quellen**			
Verwaltung	Fernwärme in kWh	1.217.000	21,49%	226,36
Schulen	Fernwärme in kWh	1.655.000	29,22%	282,33
KiTas	Fernwärme in kWh	316.000	5,58%	58,78
KiTas	Wärmepumpe	8.000	0,00%	0
Sonst Liegenschaften	Fernwärme in kWh	212.000	3,74%	39,43
Verwaltung	Strom in kWh	292.901	0	0
Schulen	Strom in kWh	520.072	0	0
KiTas	Strom in kWh	185.884	0	0
Sonst Liegenschaften	Strom in kWh	447.186	0	0
			60,11%	**606,90**


Emissionen Heizung Liegenschaften
2%
14%
9%
15%
22%
28%
6%
4%
Verwaltung Erdgas
Schulen Erdgas
KiTas Erdgas
Verwaltung FW
Schulen FW
KiTas FW
Sonst Liegenschaften FW


Energieverbrauch nach Energieträger und Liegenschaft
Verwaltung
Schulen
Kitas
Sonstige Liegenschaften
0
200.000
400.000
600.000
800.000
1.000.000
1.200.000
1.400.000
1.600.000
1.800.000
Energieverbrauch in kWh
Wärmepumpe
Holzpellets
Strom
Fernwärme
Erdgas



Der Graph zeigt alle Energieverbräuche, inkl. Stromverbrauch, der Liegenschaften. Strom verzeichnet rund 20% des Bedarfs, Fernwärme (alle Blautöne), knapp 30%. Der Rest besteht hauptsächlich aus Gasheizung und 4 % Holzpelletheizung (die teilweise auch in Kombination mit Solarthermie betrieben wird). Eine Kindertagesstätte wird mit einer Wärmepumpe beheizt, diese fällt im Diagramm kaum ins Gewicht.

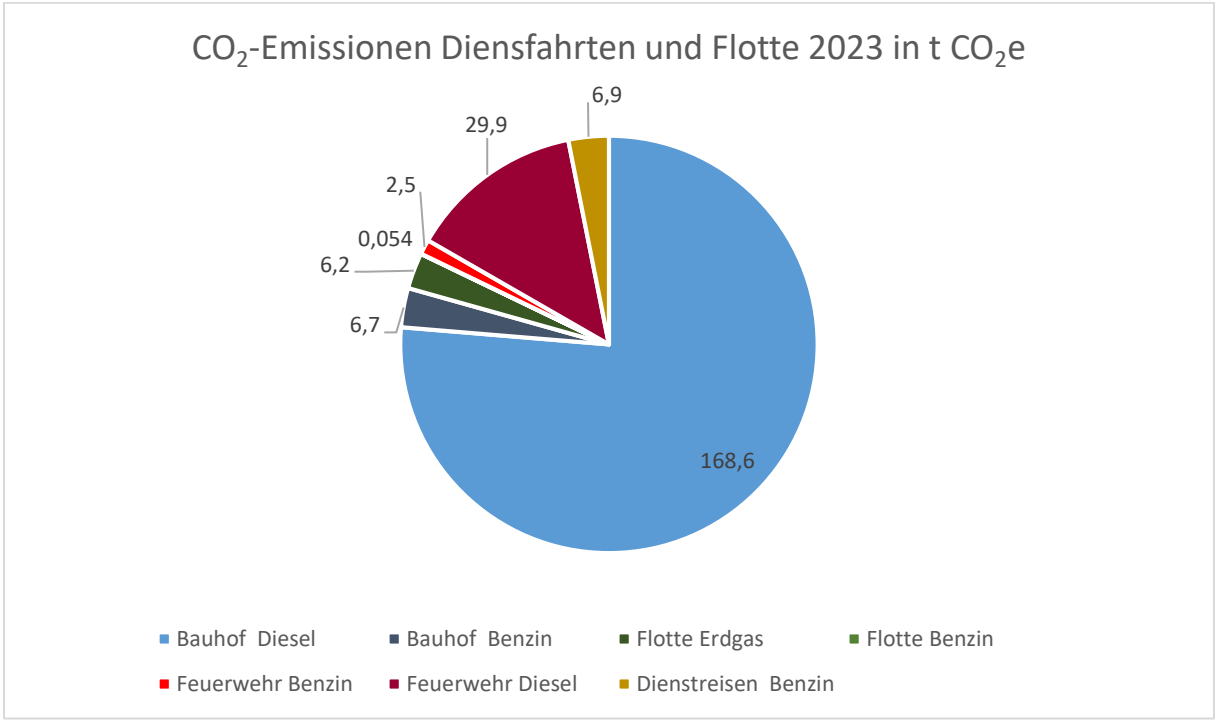
Die Fernwärme wird von den Stadtwerken gestellt, hier hat die Stadt wenig Spielraum selbst etwas an der Energieerzeugung zu ändern, allerdings haben die Stadtwerke den Auftrag, die Energieversorgung der Stadt klimaneutral zu gestalten, daher sollten die Emissionen aus diesem Bereich in Zukunft ebenfalls sinken. Die Liegenschaften mit Gas-Heizung sollten auf klimafreundliche Heizoptionen geprüft werden.

Bilanzierung Flotte und Dienstfahrten und -reisen 2023

Die Emissionen der Dienstfahrten für 2023 wurden noch einmal gesondert bilanziert, da hierfür ein Auftrag aus dem Stadtrat vorliegt, die Flotte für dieses Jahr zu bilanzieren und kompensieren. Im Vergleich zum Vorjahr sind die Emissionen leicht angestiegen (von 212,6 auf 220,9 t CO_2e).

	Emittent	Menge	Anteil	t CO_2e
Scope 1	**Geschäftsreisen und firmeneigene Fahrzeuge**			
Bauhof	Diesel in L	54.341		168,58
	Benzin in L	2.331		6,71
Flotte	Erdgas in L	2.000		6,15
	Benzin in L	19		0,054
	Strom in kWh	601		0
Feuerwehr	Benzin in L	876		2,52
	Diesel in L	9658		29,96
Dienstreisen	Benzin in L	2.402		6,9
				220.9

In beiden Jahren entstehen die meisten Emissionen durch die Fahrten des Bauhofs, gefolgt von der Feuerwehr. Dies sind allerdings Fahrten für essenzielle Aufgaben einer Stadt, daher kann hier nur durch Elektro-Fahrzeuge Emissionen eingespart werden, weniger durch Verhaltensänderung.



Die Dienstfahrten mit der Flotte des Rathauses (4%), sowie sonstige Dienstreisen (3%) machen den Rest der Emissionen aus. Bei diesen beiden Bereichen wird das meiste zeitnahe Reduktionspotenzial gesehen, da die Flotte einfacher ausgetauscht werden kann, da es sich um einfache PKW und keine Sonderfahrzeuge handelt.

Nächste Schritte

Die Ergebnisse zeigen deutlich, dass noch viel Einsparungspotenzial vorhanden ist. Im Bereich der Liegenschaften soll eine neue Stelle für das Energiemanagement geschaffen werden, die einen Sanierungsfahrplan erstellt, sowie Möglichkeiten für Energiemanagementsysteme und anderen Optimierungsoptionen prüfen soll. Hierfür wurde bereits ein Förderantrag zur Schaffung der Stelle gestellt. Der Großteil der Emissionen der Heizung entstehen durch die Fernwärme der Stadtwerke. Diese haben allerdings ebenfalls den Auftrag, diese aus klimafreundliche Wärmeerzeugung umzustellen. Hier ist anzumerken, dass der Energiemix der Fernwärme der Stadtwerke Fürstenfeldbruck schon um fast ein Drittel klimafreundlicher ist als der Bundesdurchschnittsmix.

Für die Dienstfahrten und Flotte werden folgende Maßnahmen zeitnah umgesetzt: stetig wird die Flotte durch Elektor-PKW ersetzt, wenn ein gebrauchtes Auto ausgetauscht wird. Zusätzlich sollen mehr Dienstfahrräder, auch Pedelecs, für die Angestellten zur Verfügung gestellt werden.
Im Frühjahr 2025 soll ebenso eine Umfrage zum betrieblichen Mobilitätsverhalten erhoben werden, um Motivatoren, Bedenken und Generelles zum Mobilitätsverhalten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur und während der Arbeit zu ermitteln und daraufhin Maßnahmen ergreifen zu können.

Für den Fuhrpark des Bauhofs sollen in den kommenden Jahren erste Elektro-Fahrzeuge angeschafft werden (z.B. Caddy, Kastenwagen oder Gärtnereifahrzeuge), um Möglichkeiten zu testen. Wenn möglich könnte man auch bei Pilotprojekten zu größeren Nutzfahrzeugen teilnehmen.

In beiden Bereichen, Flotte und Liegenschaften, gilt allgemein: eine einfache Umstellung auf erneuerbare Energien ist nur sinnvoll, wenn es auch zu einer Verhaltensänderung kommt (z.B. mehr Fahrrad fahren als das Auto nutzen). Aber auch die Sanierung von Gebäuden ist essenziell, denn wenn weniger Energie, z.B. zum Heizen, benötigt wird, muss man weniger Energie herstellen bzw. einkaufen. Daher muss und soll an allen Stellen gearbeitet werden.

TOP Ö 9

Auszug
aus der Niederschrift über die
43. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Stadtrates
vom 23.05.2023

Vorsitzender, Oberbürgermeister:
Herr Christian Götz;
2. Bürgermeister:
Herr Christian Stangl;
3. Bürgermeisterin:
Frau Dr. Birgitta Klemenz;
Stadtratsmitglieder:
Herr Adrian Best; Herr Albert Bosch; Herr Markus Britzelmair; Herr Thomas Brückner; Herr Karl Danke; Herr Willi Dräxler; Herr Markus Droth; Herr Quirin Droth; Frau Karin Geißler; Herr Peter Glockzin; Herr Jan Halbauer; Herr Philipp Heimerl; Herr Franz Höfelsauer; Herr Dr. Georg Jakobs; Herr Dr. Johann Klehmet; Herr Dieter Kreis; Frau Elisabeth Lang; Herr Andreas Lohde; Frau Johanna Luise Mellentin; Herr Michael Piscitelli; Herr Mirko Pötzsch; Frau Ulrike Quinten; Herr Dr. Andreas Rothenberger; Frau Lisa Rubin; Herr Johann Schilling; Frau Katrin Siegler; Frau Jeanne-Marie Sindani; Herr Georg Stockinger; Herr Florian Weber; Frau Irene Weinberg; Herr Prof. Dr. Klaus Wollenberg; Frau Dr. Alexa Zierl;

Beratungspunkt (öffentlich):

TOP 17	**Klimaneutrale und resiliente Stadtverwaltung der Stadt Fürstenfeldbruck und Beschluss Sofortmaßnahmen**

67

Sachvortrag:

Der Sachvortrag Nr. 3004/2023 vom 14.04.2023 dient dem Gremium als Diskussionsgrundlage.

Auf Grund der ausführlichen Diskussion beim vorangegangenen Tagesordnungspunkt wird ohne Wortmeldungen folgender

Beschluss gefasst:

1. Die Herangehensweise des Fahrplans für die „Klimaneutrale und resiliente Verwaltung“ wird bewilligt. Der erweiterte Maßnahmenkatalog wird in die Projektliste des Fachbereichs Klimamanagement aufgenommen.

2. Künftige Bauvorgaben der Stadt Fürstenfeldbruck, die planungsrechtlich nicht durch ein Bauleitplanverfahren ermöglicht werden, sollen ebenfalls unter den Vorgaben der Beschlüsse vom 29.11.2016 („Energiestandard und Energiekonzepte in städtebaulichen und privatrechtlichen Verträgen“ und 22.02.2022 („klimaneutrales, umweltfreundliches und gesundes Bauen“ und „Erneuerbare Energien ausbauen“) errichtet werden.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Sanierungsquote für die städtischen Liegenschaften zu erarbeiten und dem Stadtrat zur Entscheidung vorzulegen.

4. Die Verwaltung wird beauftragt, die Wärmeversorgung *aller* Liegenschaften zu ermitteln, um die klimaneutrale Wärmeplanung in die Wege zu leiten sowie ein entsprechendes Konzept dem Stadtrat vorzustellen

5. Die bilanzierten Emissionen aus der Flotte für 2023 werden berechnet und adäquate Kompensationszahlungen dem Stadtrat zum Beschluss vorgestellt

6. Die Verwaltung wird beauftragt, bis Ende 2024 individuelle Klimafahrpläne für die übrigen Liegenschaften zu entwickeln und vorzulegen.

7. Die Verwaltung wird beauftragt, zusammen mit dem Amtsarzt einen Leitfaden für hitzeangepasstes Arbeiten zu entwickeln.

8. Die Verwaltung wird beauftragt, innerhalb der Sanierungsoffensive der Liegenschaften Großbaumstandorte zu schaffen und möglichst viele Bäume zu pflanzen.

9. Die betroffenen Sachgebiete werden beauftragt, die nötigen Haushaltsmittel und Personalstellen zur Umsetzung der Strategie anzumelden.

10. Die Verwaltung wird beauftragt, den Umsetzungsfortschritt der Klimastrategie dem Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Tiefbau jährlich vorzustellen

Ja-Stimmen: 33
Nein-Stimmen: 2

89

Für die Richtigkeit des Auszuges:
Fürstenfeldbruck, 19.06.2023

S. Trnka

Sophie Trnka
Schriftführerin

gez. Christian Götz
Oberbürgermeister

STADTVERWALTUNG FÜRSTENFELDBRUCK

Beschlussvorlage Nr. 3451/2024

30. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Verkehr und Tiefbau

Betreff/Sach-antragsnr.	Beschluss Ausgleichszahlungen Treibhausgasemissionen Dienstfahrten Stadtverwaltung		
TOP - Nr.		Vorlagenstatus	öffentlich
AZ:	lb	Erstelldatum	13.12.2024
Verfasser	Billeter, Lucia	Zuständiges Amt	Amt 4
Sachgebiet	43 Stadtentwicklung	Abzeichnung OB: Abzeichnung 2./ 3. Bgm:	

Beratungsfolge		Zuständigkeit	Datum	Ö-Status
1	Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Tiefbau	Entscheidung	05.02.2025	Ö

Anlagen:	

Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Treibhausgasbilanzierung der Dienstfahrten- und Flotte alle zwei Jahre durchzuführen und entsprechend zu präsentieren

2. *Für die berechneten Emissionen der Flotte und Dienstfahrten **werden / werden keine** Ausgleichzahlungen getätigt*
3. *Für die Ausgleichszahlungen wird ein CO_2-Preis **von XX Euro** angesetzt und entsprechend der Preissteigerungen über die Jahre angepasst.*
4. *Die Ausgleichzahlungen sollen für das Projekt **OPTION X oder die Projekte der OPTIONEN X + Y** getätigt werden. Die Verwaltung wird beauftragt entsprechende Haushaltsmittel einzustellen und das Projekt zu veranlassen.*

Referent/in		Zierl, Dr. / ÖDP	Ja/Nein/Kenntnis	Ja
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	

Klimarelevanz		mittel		
Umweltauswirkungen		mittel		
Finanzielle Auswirkungen		Ja		
Haushaltsmittel stehen zur Verfügung		Ja		5000 €
Aufwand/Ertrag lt. Beschlussvorschlag				€
Aufwand/Ertrag der Gesamtmaßnahme			€	
Folgekosten			6.500-43.000 €	

Sachvortrag:

Mit der Klimastrategie 2023 wurde die Verwaltung beauftragt, die Emissionen der Verwaltung zu ermitteln und in dem Zuge auch die Dienstfahrten und -reisen und Möglichkeiten für eine Kompensation der dadurch entstehenden Emissionen zu finden.

Wie funktionieren Ausgleichzahlungen?
Generell gibt es verpflichtende und freiwillige Zahlungen. *Verpflichtende* Zahlungen sind z.B. eine CO_2-Steuer auf Gas oder Benzin, diese Abgaben werden nun alle paar Jahre erhöht und sind ein künstlich geschaffener Preis. Energieintensive Industrien werden auch durch europaweite CO_2-Regulierungen motiviert, ihre Emissionen zu verringern. Die Firmen bekommen ein jährliches Budget an Emissionen, das jährlich ausgestoßen werden darf, das auch mit der Zeit verringert wird. Firmen die ihr Budget nicht ausreizen, können ihren Überschuss auf dem EU CO_2-Zertifikate Markt an Kollegen verkaufen, die über ihr Budget hinausgegangen sind.

Freiwillige Kompensationszahlungen sind im privaten oder auch geschäftlichen Bereichen sehr beliebt. Viele Produkte werden damit beworben klimaneutral zu sein, indem Gelder an Klimaschutzprojekte gezahlt wurden (z.B. Bäume pflanzen, Regenwald schützen, Moor-Renaturierung). Da wir als Stadt bisher keinen verpflichtenden Regulierungen unterliegen, tätigen wir freiwillige Zahlungen. Bei Naturschutzprojekten, oder Projekten zu erneuerbaren Energie z.B. in Entwicklungsländern (wie es z.B. bei Atmosfair üblich ist), wird ausgerechnet, wie viele Tonnen Treibhausgase durch die Projekte eingespart werden, die dann als Zertifikate bepreist und verkauft werden.

Im Vergangenen Jahr wurde das Thema des Treibhausgasausgleichs in der Branche kontrovers diskutiert. Viele Firmen stellten sich als nicht so vertrauenswürdig heraus, wie dargestellt und die Gelder sind nicht in den versprochenen Projekten angekommen. Hierbei ist beispielsweise einer der größten Skandale der Firma *Verra* zu nennen, bei dem z.B. Apple, Disney, Audi, Zalando und Netflix Ausgleichszahlungen getätigt haben. Auch kam bei einer Meta-Studie, die im Fachjournal Nature Communications publiziert wurde, heraus, dass die meisten Kompensationszertifikate nicht so zu den allgemeinen Emissionsminderungen beitragen, wie bisher angenommen.

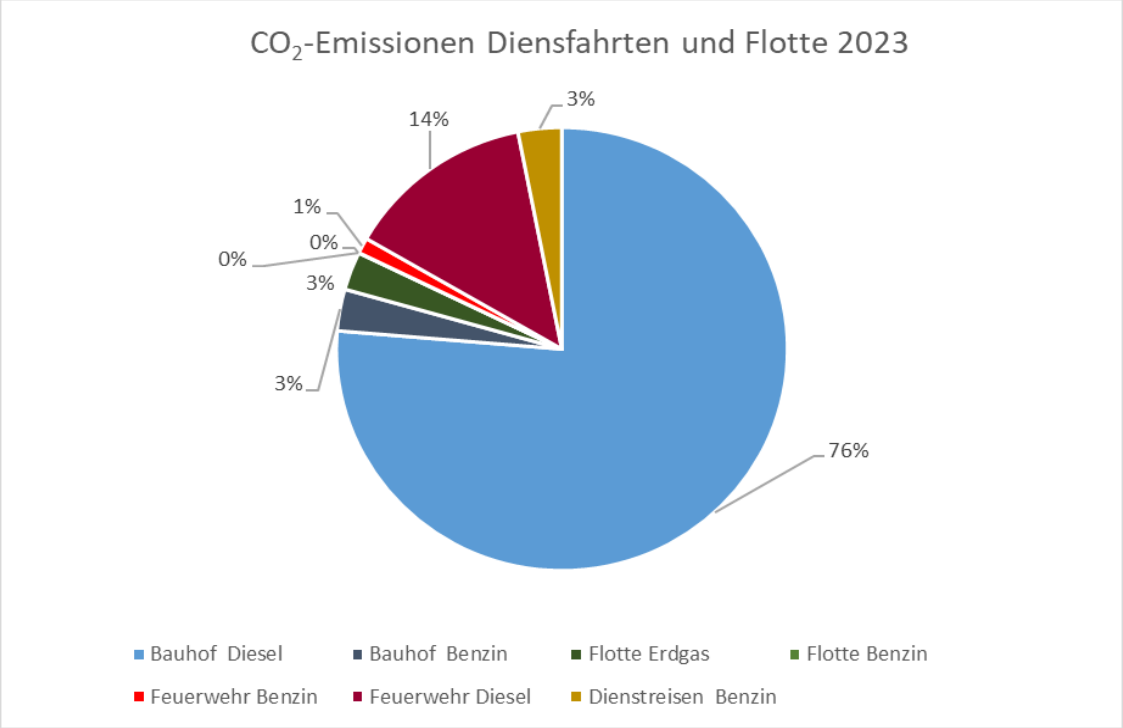
Dennoch hält das Klimamanagement Ausgleichzahlungen für sinnvoll, wenn die richtigen Projekte gewählt werden. Kompensationsleistungen können einen Beitrag zum Klimaschutz bzw. für das Allgemeinwohl leisten, wenn sie als Übergangslösung genutzt werden und in sinnvolle und transparente Projekte gesteckt werden, die in Kombination mit tatsächlicher Emissionsreduktion stehen.
Unabhängig davon solltesollte es nicht als moderner Ablasshandel gelten und alles beim Alten belassen. Sie ersetzen nicht die Umstellung auf erneuerbare Energien und andere nachhaltige Lösungen.

Als Stadt haben wir uns im November 2020 vorgenommen, bis 2035 *unterm Strich*, also bilanziell, klimaneutral zu werden. Diese hier vorschlagenden Zahlungen und Modelle sind ein erster Schritt, um dieses Ziel zu erreichen.
Solche Zahlungen sollten aus Sicht des Klimamanagements primär in Bruck oder näherem Umfeld für den Naturschutz und damit für den Klimaschutz genutzt werden. Auch ist eine Unterstützung der Energiewende im Privaten vorstellbar.

Bilanzierung Dienstflotte und Dienstfahrten 2023 Ergebnisse

Die Bilanzierung für die Dienstfahrten für 2023 wurde, wie die allgemeine Bilanzierung in BV 3379/2024 mit dem Berechnungstool Eco-Cockpit berechnet. Der Ausstoß beläuft sich auf ca. 221 t CO_2 für das Jahr 2023. Die Zahlen und Aufteilung auf die Bereiche sind in den folgenden Abbildungen zu sehen.

		kg CO2
Scope 1 direkte Emissionen	**Geschäftsreisen und firmeneigene Fahrzeuge**	
Bauhof	Diesel	168.585,89
	Benzin	6.711,48
Flotte	Erdgas	6.151,18
	Benzin	54,71
	Strom	0
Feuerwehr	Benzin	2.522,20
	Diesel	29.962,69
Dienstreisen	Benzin	6.915,90
		220.904,05



Die Fahrten des Bauhofs sind mit Abstand der größte Faktor, gefolgt von der Feuerwehr. Diese beiden Bereiche bedienen allerdings auch essenzielle Aufgaben der Stadt und benutzen oft große und teilweise schwer durch alternative Antriebe zu ersetzende Fahrzeuge. Der größte Handlungsspielraum zur Reduzierung der CO_2-Emissionen wird kurzfristig bei der Flotte im Rathaus und seinen Nebenstellen gesehen, klassische PKW können einfacher durch Elektro-Fahrzeuge ersetzt oder die Flotte durch Pedelecs erweitert werden.

Die Stadt Fürstenfeldbruck will bis 2035 bilanziell klimaneutral werden, dazu gehören auch die Emissionen der Verwaltung. Der erste Schritt zur bilanziellen Neutralität ist die Bilanzierung, gefolgt von Ausgleichsoptionen. Die Kompensationszahlungen von Fuhrparken sind ein oft gewählter erster Schritt, der von einigen Kommunen und Firmen getätigt wird. Wir als Stadt und Verwaltung sind noch nicht so weit, wie wir sein wollten. Daher sollten Ausgleichzahlungen getätigt werden, um den guten Willen zu zeigen.

Kompensationsoptionen

Folgende Optionen werden für Projekte vorgeschlagen. Für die Optionen 2-4 müssten sich die Mitglieder des Ausschusses für einen CO_2-Preis entscheiden, hier werden auch verschiedene Modelle in Folgenden dargestellt. Option 1 wäre die Lösung über ein externes, „offizielles“ Projekt CO_2-Zertifikate zu erwerben und so die Fahrten zu neutralisieren. Hier wird der CO_2-Preis von den Firmen bestimmt, und liegt meist zwischen 50 und 60 Euro pro Tonne.
Das Klimamanagement hat pauschal 5000 Euro für Ausgleichszahlungen eingestellt, die für dieses Jahr verwendet werden. Für die kommenden Bilanzierungen und Zahlungen sollte ein konkreter Preis und/ oder Projekt benannt werden.

OPTION 1	Erwerb von CO_2-Zertifikaten
Kurzbeschreibung	Dies wäre die klassische Lösung für Kompensationszahlungen. Es werden Zertifikate für die 221t CO2e erworben, z.B. durch ein Naturschutzprojekt in Deutschland
Personeller Aufwand	Mittel
Beispiel	CarboCert (Fokus auf gesunde Böden in der Landwirtschaft, https://www.carbocert.de), Klimamoor (https://klimamoor.de/zertifikate/)
OPTION 2	Spende an ein Naturschutzprojekt im Landkreis
Kurzbeschreibung	Es wird eine Spende an ein Naturschutzprojekt, präferiert mit Moorschutz, im Landkreis gespendet. So werden natürliche THG-Senken geschützt und es wird etwas für die Natur vor Ort getan. Hiervon profitiert auch die einheimische Bevölkerung aufgrund des gesteigerten Naherholungswertes. Ein Projekt sollte in Zusammenarbeit mit der Gebietsbetreuung, z.B. Landschaftspflegeverband, gefunden werden, um die Gelder sinnvoll einzusetzen.
Personeller Aufwand	Gering bis mittel
Beispiel	Haspelmoor, Ampermoos
OPTION 3	Pflanzung „Klimabäume“ im Stadtgebiet
Kurzbeschreibung	Es werden zusätzliche Bäume im Stadtgebiet gepflanzt, die nach und nach einen neuen „Klimawald“ oder Park ergeben könnten und zur Naherholung für die Bürgerinnen und Bürger dienen.
Personeller Aufwand	hoch (Planung der Pflanzungen, Pflege der jungen Bäume durch Stadtgärtnerei)
Beispiel	Genaue Standorte müssten noch gesucht werden, ggf. müssen neue Flächen gekauft werden

Zusätzlich muss der Preis geklärt werden, mit dem die Ausgleichszahlungen getätigt werden sollen. Wie zu Beginn der Vorlage beschrieben, gibt es verschiedene Mechanismen, mit denen CO_2 bepreist und ausgeglichen wird.
Die Folgende Tabelle zeigt verschiedene Optionen. Die Mitglieder des Ausschusses für Umwelt, Verkehr und Tiefbau werden gebeten, sich für einen Preis bzw. ein Preisschema zu entscheiden, das zukünftig verwendet werden soll.
Die meisten Preise werden über die Jahre teurer, um die Nutzung von fossilen Energien unattraktiver zu gestalten, daher werden in der Tabelle teilweise auch verschiedene Jahre angegeben.

Benennung	Jahr	Preis pro Tonne CO_2	Kommentar
CO_2-Steuer	2022	30 Euro	Aktuelle gesetzliche Abgabe bei Nutzung von fossilen Brennstoffen, z.B. Gas
	2025	55 Euro	
Zertifikat Börse (EUETS Markt)	2024	74 Euro	Täglich schwankender Preis und fluktuierende Preisentwicklung Stand 07.01.2025
Errechnung UBA „Echter Preis“	2020	680 / 195	Studie des Umweltbundesamtes (UBA) zu „echtem“ CO_2 Preis Inkl. Bepreisung von Schäden, die durch Klimawandel bis 2100 geschehen werden
	2030	700 / 215	0% / 1% Zeitpräferenzrate (0% Gleichgewichtung der Wohlfahrt der Generationen; 1%: die Höhergewichtung der Wohlfahrt der heutigen Generation gegenüber zukünftiger Generationen)
	2050	765 / 250	
Vorschlag UBA	2020	195 Euro	Vorschlag UBA damit anzufangen
	2030	215	

Mit den „günstigsten“ 30 Euro pro Tonne wären wir bei **6630 Euro** für 221t CO_2e
Mit 195 Euro pro Tonne: **43.095 Euro**

Gesamte Emissionen Verwaltung: 1.238,58 Tonnen CO_2e
30 Euro: 37.157 Euro
195 Euro: 241.523 Euro

Je nach Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Verkehr und Tiefbau leitet das Klimamanagement die entsprechenden Schritte in die Wege und stellt die Haushaltsmittel für die kommenden Jahre ein. Eine Bilanzierung der Verwaltung inkl. Dienstfahrten wird in einem zweijährigen Turnus angestrebt.

Entscheidungen zu treffen:

- Sollen Kompensationszahlungen getätigt werden?
- Welcher CO_2-Preis soll in Zukunft verwendet werden
- Für welches Projekt soll Geld ausgegeben werden? Wenn sich z.B. für einen Preis von 195 Euro pro Tonne CO_2 entschieden wird, wird der Geldtopf entsprechend groß und es können auch mehrere Projekte gefördert werden. In Zukunft sollten die Kompensationszahlungen sinken, wenn die Emissionen des Fuhrparks durch Umstellung auf E-Autos und Pedelecs stattfindet